

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettizelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 154.

Donnerstag, den 4. Juli 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Selbstentehrung der dritten Duma.

Man schreibt uns aus Petersburg:

Nach ehe die dritte Duma das vorgesehene Arbeitspensum beendete, wurde sie nach der Durchpeitschung der Flottenvorlage von der Regierung nach Hause geschickt. Sang- und klanglos verschwand sie in der Versenkung, nachdem sie in ihrer fast fünfjährigen Tätigkeit das Regime der Konterrevolution gefestigt und den Boden für eine Verständigung der Bureaukratie mit dem Großgrundbesitz und dem Großkapital geliefert hatte. Die letzten Tage ihrer Existenz waren so reich an bemerkenswerten Ereignissen, daß sie allein schon ausreichen, um die Rolle dieser Parlamentskarikatur zu kennzeichnen.

Auf die Flottenvorlage hier näher einzugehen, erübrigt sich, da die Konsequenzen dieses folgenschweren Schrittes in der deutschen Parteipresse bereits in eingehender Weise dargelegt worden sind. Bemerkenswert sei hier nur, daß schon vor der Flottendebatte in der Duma ein wildes Spiel an der Börse inszeniert. Die Aktien sämtlicher Unternehmungen, die mit den Flottenrüstungen in Verbindung stehen oder eine solche Verbindung anstreben, wurden wahnwitzig in die Höhe getrieben. Dieses Spekulationsfieber an der Börse lieferte eine wirkungsvolle Folie für die „patriotischen“ Reden in der Duma und bildete auch den Hauptgrund, weshalb die ausschlaggebende Oktobristenpartei ihren Führer Gutschkow im Stiche ließ und für die Milliardenrüstungen stimmte. Auf diesem Gebiete zeigte sich die Mehrheit der dritten Duma als gelehrige Schülerin der bürgerlichen Parteien Westeuropas, indem sie die Interessengemeinschaft der Börse und des Parlaments mit brutaler Offenheit enthüllte.

Auf einem anderen Gebiet ließ sie allerdings die Repräsentativkörperschaft des „faulen Westens“ weit hinter sich zurück. Dieselbe Mehrheit, die soeben das Reich in den Strudel des Weltkrisens hineingestossen und der künftigen Duma eine Milliardenlast aufgebürdet hatte, begab sich nach Jarosko Selo, um den Dankesworten des „Obersten Kriegsherrn“ ehrfürchtig zu lauschen und dem Blutzaren ihre „treuuntertänige“ Gesinnung auszudrücken. Dieses rührselige Schauspiel — veranstaltet, um die „Einigkeit des Zaren mit seinem Volke“ darzutun, — wurde auch dadurch nicht beeinträchtigt, daß Nikolaus II. „seine“ Deputierten wie Schulbuben abkanzelte, indem er im Gardeoffizierston erklärte, einige Angelegenheiten hätten in der Duma nicht die Richtung gefunden, die er für wünschenswert erachtet hätte. Sie nahmen auch diese Ohrfeige hin, die Herren „Volksvertreter“ von Staatsstreichs Gnaden und neigten sich, beglückt durch die „Gnade“ des Monarchen, vor den Kosakenstiefeln des blutbesudelten Despoten. Daß sich unter diesen Abgeordneten auch die Vertreter der radikalen „Arbeitsgruppe“ Schilow und Kusmo und der ehemalige Sozialdemokrat Gaidarow befanden, verlieh der geschilderten Szene noch einen besonders pikanten Reiz. Die „Einigungs“komödie wäre unvollständig gewesen, wenn außer den Vertretern des schwarzen Regierungsblocks nicht noch die Vertreter des Liberalismus und einige Renegaten von der äußersten Linken mit dabei gewesen wären.

Auf diesem Hintergrunde spielten sich nun die letzten Tage der Dumafession ab. Den Deputierten war schon seit längerer Zeit bekannt, daß sie ihre Mäntel auch nach dem Schluß der Session beziehen würden, da die Regierung sich geneigt erklärte, die Duma bloß zu vertagen und zwar bis zu dem Zeitpunkt, wo der Zarenukas über die Vornahme der Neuwahlen erscheinen würde. Dieses Extratrinkgeld der Regierung spornte die Mehrheitsparteien an, nach der Durchpeitschung des Etats und der Flottenvorlage mit den Verhandlungen Schluß zu machen. Eine Reihe wichtiger Vorlagen blieben unerledigt, zahlreiche Interpellationen unerörtert. Es kostete der sozialdemokratischen Fraktion große Mühe, zwei der letzteren unmittelbar vor dem Sessionschluß auf die Tagesordnung zu bringen, und eben diese Verhandlungen waren es, die den letzten Stunden der dritten Duma ihr charakteristisches Gepräge verliehen.

Eine dieser Interpellationen betraf die Revision des Prozesses der unschuldig verurteilten sozialdemokratischen Abgeordneten der zweiten Duma. Seitdem die sozialdemokratischen Abgeordneten des deutschen Reichstages und der deutschen Landtage durch ihre Erklärung vom 1. März ds. Js. die Protestbewegung gegen den russischen Justizmord in den westeuropäischen Staaten eröffnet hatten, war die Forderung des Wiederaufnahmeverfahrens im Prozeß der sozialdemokratischen Dumaabgeordneten zur Sache der gesamten Kultur

welt geworden. Der türkische Anschlag der Dumakommission, die sich als eine neue Gerichtsinanz über die verurteilte Dumafraktion etabliert hatte, blieb angesichts dieser Sachlage unvollendet. Die Mehrheitsparteien hatten gehofft, die sozialdemokratische Interpellation ebenso hinter verschlossenen Türen abzuwürgen, wie das Senatsgericht die Märtyrer der zweiten Duma abgewürgt hatte. Nun blieb ihnen kein anderer Ausweg übrig, als die Verhandlung zu verschleppen. Doch die Wachsamkeit unserer Genossen vereitelte auch dieses Vorhaben. Am 18. Juni stand endlich die Frage der sozialdemokratischen Abgeordneten der zweiten Duma zur Verhandlung — bei offenen Türen, denn das Präsidium hatte es trotz des Lobens der Regierungspresse diesmal nicht gewagt, die Türen zu schließen. Den Bericht erstattete der Oktobrist Matjugin, der in langatmigen Ausführungen die Ablehnung der Interpellation empfahl. Man fragte sich bei seiner Rede erstaunt, ob hier der Vertreter einer parlamentarischen Körperschaft oder der Prokurator eines obskuren Provinzialgerichtes sprach. Er leugnete die Existenz der an diesem Prozeß beteiligten Lockspigel und hielt das „hochverräterische“ Treiben der sozialdemokratischen Dumafraktion unabhängig von der ihr zugeschriebenen „Militärverschwörung“ für erwiesen. Daß zu diesem Zweck das urkundliche Material gefälscht und die Untersuchungsaktion der Kommission der zweiten Duma, die die völlige Unschuld der angeklagten Abgeordneten nachweisen, unter schlagen wurden — versteht sich von selbst, denn anders hätte der Berichtsteller sein ablehnendes Votum nicht zu motivieren vermocht. In einer großzügigen Rede rechnete unser Genosse Gutschkow mit der Dumamehrheit ab, die die Forderung der Gerechtigkeit damit beantwortete, daß sie sich zur Sachwalterin des polizeilichen Lockspigels und des Justizmordes aufwarf. Er wies die Fälschungen des Berichterstatters nach und erbrachte aus den bisher nicht veröffentlichten Akten der Untersuchungskommission der zweiten Duma den schlüssigen Beweis, daß außer Brodski noch ein bisher nicht entlarvter Lockspigel den Prozeß vorbereitet, und daß die Petersburger Geheimpolizei, nach dem Bekenntnis des Staatsanwaltes Kamyschanski, ihre Hände im Spiele gehabt hatte. Wie ein ertappter Dieb sah der Berichtsteller da und kein Mitglied seiner Partei wagte ihm zu Hilfe zu eilen. Die Mehrheitsparteien gingen einer Beschlusfassung nur dadurch aus dem Wege, daß die Sitzung verlagert wurde.

Am Tage vor der Schließung der Session sollte die Debatte fortgesetzt werden. Da aber das Wesentlichste bereits gesagt worden war, und die Kiemer Kitualmordaffäre Juschtschinski noch unbedingt erörtert werden mußte, stimmten unsere Genossen dem Antrag der Radikalen bei, diese Angelegenheit an erster Stelle zu beraten. Die extreme Rechte, die die Ritualmordhege durch ihre Interpellation vom 11. Mai 1911 selbst eingeleitet hatte, suchte nun, da die Affäre nach den neuesten Enthüllungen sehr brenglich für die Pogromparteien geworden ist, die Erörterung der Frage in der Duma um jeden Preis zu verhindern. Es folgte eine Szene, die sogar in der schmuckvollen Geschichte der dritten Duma ihresgleichen nicht hat. Die Pogromredner Samyslowski und Jurischkewitsch forderten ungesittlich die Fortsetzung der Debatte über die Mitglieder der zweiten Duma und beschönigten in demselben Atemzuge die Ritualmordhege, die von ihren Gesinnungsgenossen im Reich betrieben wird. Mit 152 Stimmen gegen 22 wurde die beantragte Änderung der Tagesordnung angenommen. Aber gleich darauf wurde mit 111 Stimmen der Regierungsparteien gegen 87 Stimmen der Opposition sowohl die Angelegenheit der sozialdemokratischen Dumaabgeordneten wie die Erörterung der Ritualmordhege von der Tagesordnung des letzten Sitzungstages abgesetzt. Die Mehrheit dritten Duma bot ihre ganze Taktspielergeschicklichkeit auf, um diesen unbequemen Fragen mit Hilfe eines schamlosen Tricks aus dem Wege zu gehen.

In den Annalen der Geschichte aber wird verzeichnet stehen, daß die vom Staatsstreich geborene dritte Duma ihre Laufbahn damit beendete, daß sie den Staatsstreich, das Lockspigelum, die Justizverbrechen, die Ritualmordhege beschönigte und die Proteste der Kulturwelt mit neuen unerhörten Schandtatzen beantwortete.

Politische Rundschau

Deutschland.

Konservative Rache.

Die Kreisynode des Synodalbezirks Runkel (Oberlahnkreis) hatte sich in ihrer letzten Sitzung u. a. mit der Wahl zweier Abgeordneter in die Bezirksynode zu befassen. Als Stellvertreter der weltlichen Abgeordneten wählte die Synode den nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Bürgermeister Hepp in Selbach.

Der konservative „Reichsbote“ denunziert nun wie folgt:

„Mit Herrn Hepp zieht — wenn es zur Ausübung der Stellvertretung kommt — ein Mann in die Bezirksynode ein, der es in seiner Stellung als höchster Polizeibeamter seiner Gemeinde über sich vermochte, zur Erreichung des Reichstagsmandates die Senenler Bedingungen der Sozialdemokratie zu unterschreiben. Diese Wahl zeigt, daß man in weiten bürgerlichen Kreisen den Maßstab für Erlaubtes und Unerlaubtes verloren, oder daß unsere Zeit sehr schnell vergift, was gestern noch galt.“

Das ist die Rache dafür, daß den Konservativen hiet das Reichstagsmandat durch Herrn Hepp mit Hilfe der Sozialdemokraten abgenommen wurde.

Der Landwirtschaftsrat gegen eine Besitzsteuer.

Der ständige Ausschuß des Deutschen Landwirtschaftsrates, der in Baden-Baden seine diesjährige Tagung abhielt, hat nach einem Referate des Kammerherrn v. Oldenburg-Sanuschau folgende Resolution zur Besitzsteuerfrage angenommen:

1. Nachdem die notwendige Deckung der Wehrevorlage ausschließlich durch eine neue starke Belastung des landwirtschaftlichen Brennereigewerbes erfolgt ist, erscheint es doppelt unbillig, die geistlich für den 1. April 1914 beschlossene Herabsetzung der Zuckersteuer von dem vorherigen Inkrafttreten einer neuen allgemeinen Besitzsteuer abhängig zu machen. Da der Zuckerverbrauch durch die Höhe der Zuckersteuer eine sehr bedeutende Einschränkung erfährt, wird eine Herabsetzung der Zuckersteuer von 14 auf 10 Mk. pro Doppelzentner auf die Dauer überhaupt keine Minderung, sondern eher eine Steigerung der Reicheinnahmen bringen. Ein weiterer Aufschub der jetzt 20 Jahre vom Reichstage geforderten und wiederholt geistlich beschlossenen Herabsetzung der Zuckersteuer erscheint daher nicht nur unwirtschaftlich, sondern zugleich auch finanzpolitisch verfehlt.

2. Sollten die Ergebnisse des laufenden Etatsjahres auch im kommenden Winter nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages überhaupt noch eine Besitzsteuer erfordern, so würde eine mäßige und voraussichtlich bald wieder entbehrliche Erhöhung der Matrikularbeiträge, so bedauerlich diese auch an sich sein würde, doch jeder neuen Besitzsteuer vorzuziehen sein.“

Das Liebäugeln des Zentrums mit den Nationalliberalen — die Konservativen abgetan.

Auf einer Zentrumsversammlung in Mülheim a. Rh. hat ein ramhafter Zentrumsführer, der Oberlandesgerichtsrat Marx, sich über das derzeitige Verhältnis des Zentrums zu den anderen politischen Parteien ausgesprochen. Übergehen wollen wir dabei die Ansicht des Redners, der gewaltige Zulauf zur Sozialdemokratie sei ein Beweis dafür, wie politisch unreif ein Teil des Volkes sei. Das Gegenteil ist unrichtig!

Mit auffallender Schärfe stellte der Redner dann fest, daß sich das Verhältnis zu den Konservativen verschlechtert habe. Es seien Fragen der gemeinsamen Weltanschauung, die beide Parteien seinerzeit zusammengeführt hätten. Es habe sich jetzt aber immer mehr der gewaltige Einfluß gezeigt, den die Hege in konfessionellen Fragen bei den Konservativen hervorgerufen habe. Die Konservativen hätten es anscheinend direkt darauf abgesehen, das Zentrum zu verlegen. Bei der Debatte über die Zulassung der Ehen zwischen Weißen und Schwarzen hätten sich die Sozialdemokraten christlicher gezeigt als die Konservativen; durch das Verhalten der Konservativen in der Ansiedlungspolitik seien konservative Grundsätze gefährdet. Die Nationalliberalen, mit denen in früheren Jahren segensreich zusammengearbeitet wurde, hätten bei den letzten Wahlen eine „Beklommenheit“ gezeigt, durch die das Gesichtsfeld gegenüber der Sozialdemokraten verdunkelt sei. Und dabei habe doch gerade das Zentrum in Duisburg den Nationalliberalen herausgehauen. Das Zentrum sei jederzeit bereit, wieder mit den Nationalliberalen zum Wohle des Staates und der Gesellschaft zusammenzuarbeiten, unter der Voraussetzung, daß erstens die Zentrumsparthei bei wichtigen Beschlüssen nicht ausgeschaltet werde, wie es zur Zeit der Blockbildung geschehen sei, und daß zweitens ihre Weltanschauung und ihre religiösen Gefühle unberührt blieben und die Nationalliberalen „unmoderne“ Bestrebungen, wie sie früher in diesen Dingen dort vorgekommen seien, ausschließen.

Zu den Finanz- und Steuerfragen bemerkte Herr Marx, der „Steuerhunger“ der Bevölkerung habe dazu geführt, daß nun wahrscheinlich die seit längerer Zeit von den liberalen Parteien verlangte Erbschaftsteuer kommen werde. Der Redner ist noch jetzt gegen eine Ausgestaltung, die auch Ehegatten und Kinder heranziehen will. Das bedeute eine Expropriation und den Anfang vom sozialdemokratischen Zukunftsstaat — es seien dann später

nur noch die Prozente zu erhöhen. Die einseitige Belastung des unbeweglichen Vermögens, wie sie der Freisinn, der „größte Feind des Grundbesitzes“, wünsche, sei unhaltbar; nur wenn das bewegliche Vermögen ebenso herangezogen werde, sei die Steuer diskutabel, dann aber verlagten Freisinn und Sozialdemokraten. Es sei anzunehmen, daß der Vorschlag des Zentrums, eine Besitzsteuer einzuführen, die das bewegliche Vermögen ebenso zu treffen habe, wie das unbewegliche, wofür nach seiner Meinung auch die Nationalliberalen zu haben sein werden, mit großer Mehrheit angenommen werden würde.

Die „Kölnische Zeitung“ bemerkt hierzu: „Die vorstehenden Ausführungen bestätigen, was man allerdings schon seit einiger Zeit weiß, daß der Draht zwischen dem Zentrum und den Konservativen endgültig zerrissen ist. Und sie bestätigen ferner, daß auch die alte Verbindung mit der roten Partei sich bei der heutigen Konstruktion des Zentrums nicht wiederherstellen läßt. Es bleiben also, wenn das Zentrum praktisch mitarbeiten will, nur die Nationalliberalen übrig. Aus diesem Grunde sind die „Bedingungen“, die Herr Marx für ein Zusammengehen mit der nationalliberalen Mittelpartei formuliert, von hohem Interesse. Die Nationalliberalen ihrerseits haben natürlich keinen Anlaß, die Mitarbeit des Zentrums abzulehnen, wo nationalliberale und liberale Ziele dadurch gefördert werden. Das ist aber auch die Grundbedingung die sie ihrerseits stellen müssen. Und wir glauben, es genügt, diese Grundbedingung zu nennen, um zu zeigen, daß der Spielraum für ein Zusammengehen nicht gerade allzu groß sein wird.“

Die freikonservative „Post“ bemerkt: „Das Abwachen von den Konservativen seitens Dr. Marx verfolgt auch offensichtlich nur einen taktischen Zweck. Es soll den Nationalliberalen das Zusammenarbeiten mit dem Zentrum schmählicher machen. Das Zentrum legt mit Recht großen Wert darauf, enge Fühlung mit den Nationalliberalen oder wenigstens einen beträchtlichen Teil derselben zu gewinnen, denn es bedarf deren, um die ausschlaggebende Stellung im Reichstage, welche das Hauptziel seiner konsequent verfolgten Politik ist. . . .“

Eine Ministerialverordnung zum preussischen Besitzbesitzungsgezet,

das für die „nationalgefährdeten“ Teile Ostpreußens, Pommerns, Schlesiens und Schleswig-Holsteins bestimmt ist, ist, wie gemeldet wird, in Vorbereitung. Danach werden die in Betracht kommenden bäuerlichen Grundstücke und größeren Güter, an denen die Besitzstandsfestigung vollzogen werden soll, zunächst vom Staate selbst angekauft, um dann umgehend wieder veräußert zu werden. Hierbei soll der Verkauf des ganzen Grundstücks in der Regel erfolgen; eine Ausnahme hiervon würde eintreten, wenn sich eine Zerlegung eines größeren Gutes durchführen läßt. Die zur Verfügung stehenden Staatsmittel sollen jedoch nicht Verwendung finden zum Erwerb von ländlichen Besitzungen, die in neu einzurichtende Stellen aufgeteilt werden sollen.

Der Bundesrat gegen die Mischehen in den Kolonien.

Staatssekretär Dr. Solf befindet sich auf einer Studienreise in Südwestafrika. Er besichtigte in den letzten Tagen die Kleinsettelungen in Bethanien, dann Keimannshoop, Kabus, Gibeon, Kranzplatz, Gochas, Schäferlei Orab und die Farmen Voigtsgrund und Keimannshoop. Die Reise war mit Empfängen, Grundsteinlegen, Kriegszügen der Hottentotten und sonstigen Festlichkeiten verknüpft. Dr. Solf mußte dabei selbstverständlich auch Festreden schwängen. Eine Rede, die der deutsche Kolonialsekretär am Dienstag in Swakopmund hielt, dürfte weitere Kreise interessieren. Dr. Solf streifte in einer Erwiderung auf die Ansprache des Landratsmitglieds Sievers auch die Mischehenfrage und erklärte, der Rehobothter Bezirksrat und die Reichsbehörden seien gegen die Mischehen. Die Regierung hoffe, den Reichstag umzustimmen. Der Bundesrat werde der Reichstagsresolution keine Folge geben. Es sei ausgeschlossen, daß die Anerkennung der Mischehen jemals Gesetz werde.

Dieser Meldung wird hinzugefügt, daß bei dem feierlichen Empfang durch die weiße Bevölkerung und die Bantards auch der Bantardrat erklärt habe, auch die Bantards seien alle gegen die Mischehen. — Der Reichstag soll also auch in dieser Sache nichts zu sagen haben.

Der Zweck der Kaiserbegegnung.

Die „Kölnische Zeitung“ erklärt an leitender Stelle zur Kaiserbegegnung, Deutschland unternehme keine Schritte zur Beilegung des Krieges, noch wolle es Rußland von Bündnissen abdrängen. Was es von der Kaiserreise erwarte, sei die Herstellung und Befestigung vertrauensvoller Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland, wie sie in Potsdam sehr befriedigend angebahnt wurden. Wenn das gelinge, sei alles erreicht, was von der Begegnung zu erhoffen sei.

Die Truppen in China werden noch lange nicht zurückgezogen.

Auf Verlangen des Reichstags stellte die Reichsregierung in Aussicht, einen Teil des verstärkten Truppenabnehmens, das sich zurzeit in China zum Schutze der demnächstigen Interessen“ befindet, im August d. S. zurückzuführen. Nach einer offenbar amtlichen Mitteilung bedarf die Regierung aber nicht daran, die Truppen zu verringern, da die Unsicherheit der politischen Verhältnisse in China sich im Laufe der letzten Monate nicht gebessert hat, und es noch nicht abzusehen ist, wann geordnete Zustände in dem durch die Revolution aufs heftigste erschütterten Kaiserreiche eintreten werden.“

Da ein großer Teil dieser Truppen im September des Jahres nach Beendigung der aktiven Dienstzeit entlassen werden muß, werden Erziehungsinstitute in zwei Transporten Anfang und Ende Juli dieses Jahres die Heimat verlassen. Das verstärkte Truppenabatement soll in seiner vollen Stärke — 500 Mann — vorläufig belassen werden. Es wird keine Forderung auch nicht mehr, wie bisher, provisorisch gestellt, nebensächlich in den Händen eines Hauptmanns liegend, sondern wird einem Major übertragen. Die Regierung schlägt also ihr gewöhnliches Verlangen in den Wind.

Der Segen der Wucherzölle.

Die Agrarierhäuptlinge geraten wieder einmal in Harnisch. Diesmal hat es ihnen eine literarische Arbeit des bayrischen Oberleutnants a. D. Franz Hoerenz, der zum Studium der Volkswirtschaft übergegangen ist, angetan. Hoerenz weist in seinem Buch, betitelt: „Preisbewegung landwirtschaftlicher Güter im nördlichen Teile Oberbayerns 1900—1909“, nach, daß die Güter in diesen zehn Jahren durchschnittlich um 40 Prozent im Preise gestiegen sind. Er kommt zu dem von Sozialdemokraten wiederholt dargelegten Ergebnis, daß die Schutzzölle für die Landwirtschaft nur scheinbare Vorteile haben. Durch die Zölle steigerten sich die Einnahmen in der Landwirtschaft. Die Folge ist im allgemeinen die Veräußerung der Güter zu höheren Preisen. Der neue Besitzer schreit dann nach berühmten Mustern nach weiteren Zöllen.

Die Berechnung Hoerenz erstreckt sich auf nicht weniger als 2181 Anwesen, die in den Jahren 1900—1909 zum Verkauf gelangten. Aus den Durchschnittszahlen ergibt sich, daß die Preise in den ersten Jahren 1900, 1901 und 1902 durchweg am langsamsten stiegen, dann immer schneller bis zum Jahre 1909, um dann nach Erreichung dieses Höhepunktes im Jahre 1910 wieder etwas zu fallen. Damit steht im Einklang, daß während der ersten drei Jahre die Zahl der Kaufabschlüsse verhältnismäßig gering ist. Mit dem Jahre 1903, d. h. mit der Annahme des deutschen Zolltarifs im Dezember 1902, ändert sich aber die Lage, indem die Zahl der Kaufabschlüsse sprunghaft von 192 im Jahre 1902 auf 273 im Jahre 1903 steigt. Offenbar übte die erst von 1906 ab in Aussicht stehende Preiserhöhung für Getreide sofort einen starken Einfluß auf die Preisbildung des Bodens. Der zukünftige Gewinn wurde schon in der Gegenwart vorweggenommen trotz der „dauernd gedrückten Getreidepreise“. Am meisten stiegen die großen Güter, die das meiste Getreide auf den Markt bringen können, die also den größten Vorteil von den Zöllen haben, d. h. die Güter über 20 Hektar. Es stiegen die Preise bei Gütern von 2—5 Hektar von 1900/02 — die damaligen Durchschnittspreise = 100 gesetzt — auf 104 im Jahre 1904 und auf 115 im Jahre 1906, bei Gütern von 5—20 Hektar auf 114 im Jahre 1904 und auf 129 im Jahre 1906, bei Gütern von 20—50 Hektar auf 127 im Jahre 1904 und auf 135 im Jahre 1906, bei Gütern von 50 bis 100 Hektar auf 140 und 201 im Jahre 1906. Das an sich auffällig starke Steigen der mittleren Güter mit geringem Boden und der kleinen Güter unter 5 Hektar, die wenig Getreide für den Markt produzieren, oder noch für ihren Haushalt zukaufen müssen, ist zu erklären aus den starken spekultativen Ankäufen der Großbauern, Großgrundbesitzer und Bodenhändler. Es haben z. B. vier Großgrundbesitzer in den Jahren 1900—1902 nichts, in den Jahren 1903—1908 aber 379 000 Hektar in ganzen Anwesen zu ihrem bisherigen Besitz zugekauft.

Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ ist über diese Darlegungen sehr aufgebracht. Sie wirft dem Verfasser Antipathie gegen die Landwirtschaft vor und glaubt ihm mit den Worten abtun zu können, sein Buch sei keine Wissenschaftsarbeit, sondern ein Niederschlag freihändlerischer Lehren. Und das behauptet das Agrarierblatt, obwohl täglich Beispiele angeführt werden können, die die Behauptungen Hoerenz unterstützen. So wird jetzt gemeldet, daß das im Kreise Sorau (Riederlausitz) gelegene Rittergut Marsdorf seit 6 Jahren fast um das Dreifache im Preise gestiegen ist. Seit 1890 hat es neunmal seinen Besitzer gewechselt. Im Jahre 1906 betrug der Kaufpreis 80 000 Mk., und kürzlich ist das Gut für 230 000 Mk. verkauft worden.

Diese gewaltige Güterpreissteigerung zeigt sich allenthalben. Das Volk muß sie mit dem Hunger bezahlen, dem es durch die Wucherzollpolitik überantwortet worden ist.

Konflikt im hessischen Landtag.

In der Dienstags-Sitzung der hessischen zweiten Kammer gab es eine Überraschung: Der Finanzminister Braun lehnte namens der Regierung den Vorschlag des Finanzausschusses der Kammer ab, die Kosten der Gehaltserhöhung für die Staatsbeamten und die Volksschullehrer nicht durch dauernde Einnahmen zu decken, sondern zu einem sehr erheblichen Teil durch Verminderung der Schuldenentlastung. In den Auskäuferverhandlungen hatte die Regierung ihre Stellung zu dieser Frage nicht klar erkennen lassen, doch glaubte jedermann, sie sei mit dem Finanzausschuß einverstanden. Die Führer der Nationalliberalen und des Zentrums forderten im Landtage nun eine Unterbrechung der Verhandlungen, um zu der ganz überraschenden Haltung der Regierung Stellung zu nehmen. Nach Wiederannahme der Verhandlung protestierte der nationalliberale Führer Dr. Mann gegen die hier offenbar zutage tretende Absicht der Regierung, das Odium des Scheiterns dieser von den Beamten sehr heiß gewünschten Vorlage dem Landtage zuzuwälzen. Ein Regierungsvertreter, Geheimrat Becker, sprach dagegen Zweifel an dem guten Willen der Kammer, die Besoldungsreform durchzuführen, aus. Als er darauf vom Präsidenten der Kammer gerügt wurde, bestritt Finanzminister Braun diesem das Recht, ein Mitglied der Regierung zurechtzuweisen. Abg. Ulrich (S.D.) verteidigte scharf das Recht des Präsidenten, auch einem Regierungsvertreter gegenüber die Ordnung des Hauses zu schützen. Die Verhandlungen wurden darauf vertagt.

Portugal.

Royalistische Umtriebe gegen die Republik. Nach einer Meldung aus Lissabon sind die royalistischen Verschwörer, die sich in verschiedenen spanischen Dörfern hart an der portugiesischen Grenze aufhalten, in dem Kloster Cannedo damit beschäftigt, Uniformen und Wundverbände anzufertigen. Die royalistisch-portugiesischen Offiziere sollen kürzlich aus Barcelona eine beträchtliche Zahl von Gewehren, Revolvern und Geld erhalten haben.

Amerika.

Der Präsidentschaftswahlkampf. Wie in voriger Kammer bereits kurz mitgeteilt, hat der demokratische Nationalkonvent als Präsidentschaftskandidaten Wilson aufgestellt. Woodrow Wilson ist ein Gelehrter, Professor der Geschichte und Staatswissen-

schaft, bis vor zwei Jahren Präsident der Universität Princeton und seitdem Gouverneur des Staates New Jersey. Wilson gilt als wirklicher Demokrat und fortschrittlich gesinnter Politiker großen Stils. Als beim 4. Wahlgang, beim Aufruf der Staaten, der auf Unter-Missouri erfolgte, Wilson 990 und Clark 84 Stimmen erhalten hatte, beantragte Senator Stone, die Nominationsentscheidung dem Herkommen einstimmig zu ziehen, was dann unter großen Demonstrationen für Wilson, in die alle Anwesenden einstimmten, auch geschah. Dann wurde die Sitzung bis 9 Uhr abends vertagt. Im Verlaufe der letzten Sitzung des Konvents war Clark einer der ersten, welcher Wilson zur Nominationsgratulation und ihm eine ehrliche Unterstützung versprach. Er äußerte, daß er die unterbliebene Nominations seiner Person allein den nichtwürdigen und böswilligen Verleumdungen des Obersten Bryan zuschreibe. Große Anstrengungen wurden gemacht, um Clarks Einwilligung für die Nominations als Vizepräsident zu erhalten. Clark lehnte jedoch ab. Wilson wurde hierfür vorgeschlagen. Er lehnte ebenfalls in einer Rede ab, die er als seine Abschiedsrede charakterisierte. Er erklärte, nach sechzehnjährigem Kampf habe er gefunden, daß er sich nur Feinde gemacht habe. Er sei mit Freuden gekommen, um in die Hände desjenigen, der vom Konvent erwähnt worden sei, das Banner zu legen, das er drei Wahlkämpfe hindurch getragen habe. Er versprach, auch in diesem Wahlkampf wie ein Kandidat tätig zu sein. Bryans Rede wurde mit großer Beifall aufgenommen. — Wie der Wahlkampfleiter Roosevelt bekannt gibt, wird ein Nationalkonvent der neuen fortschrittlichen Partei in Chicago gegen den Anfang August abgehalten.

Aus Lübeck und Nachbargebieten

Donnerstag, den 4. Juli.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Donnerstag, dem 11. Juli, abends 6 Uhr, statt.

Der Anschlag der Lübecker Straßbahnbeförderung an das Koalitionsrecht der Straßenbahnangehörigen, der unser Genosse Stellung am Dienstag in der Bürgerschaft einer scharfen Kritik unterzog, findet in der bürgerlichen Presse, einschließlich der sogenannten Liberalen, mehr oder weniger stillschweigende Billigung. Es war allerdings auch kaum zu erwarten, daß irgendwelche Arbeiterinteressen jemals dort Unterstützung finden würden. Dennoch ist es gut, die Tatsache öffentlich festzumachen.

Verfertigung einer Brunnenanlage auf dem Karl-von-Großheim-Platz. Folgendes Senatsdekret beschäftigte gestern den Bürgerausschuß: Um den im Februar v. J. verstorbenen Präsidenten der Preussischen Akademie der Künste, Geheimrat Karl von Großheim zu ehren, der stets ein treuer Sohn seiner Vaterstadt Lübeck geblieben, ihr wiederholt in künstlerischen Fragen wertvollen Rat erteilt und seiner Heimat auch in der von ihm hinterlassenen letztwilligen Verfügung in freigegebiger Weise gedacht hat, hat der Senat beschloffen, dem vor dem Mühlenort belegenen Platz, der vor dem an der Bäterstraße belegenen Geburtshause des Künstlers sich erstreckt, den Namen „Karl-von-Großheim-Platz“ zu verleihen und ihn aus den dem Senat zu Ehrenausgaben zur Verfügung stehenden Mitteln mit einer gärtnerischen Anlage zu versehen. Die hierzu erforderlichen Arbeiter sind bereits in Angriff genommen. Leichter, als es hierdurch geschehen kann, wird bei den späteren das Andenken an den Verstorbenen wachgehalten werden, wenn, einer inzwischen gegebenen Anregung entsprechend, der Platz auch eine das Bild des Dahingegangenen zeigende Denkmalsanlage erhält. Die Baudeputation hat vorgeschlagen, zu diesem Behufe an der Westseite des Platzes eine einfache Brunnenanlage in ähnlichen Formen, wie sie der Künstler in seinen letzten Lebensjahren bevorzugt hat und wie sie sich in ihrer Schlichtheit der landschaftlichen Umgebung gut anpassen würde, zu schaffen und in sie das Relief des Verewigten einzufügen. Lehteres zu stiften, hat die Witwe sich bereit erklärt. Die Kosten der Denkmalsanlage ohne das Reliefbild werden 5800 Mk. betragen. Der Senat stellt danach zur Mitgenehmigung des Bürgerausschusses: daß der Baudeputation zur Herstellung einer Brunnenanlage auf dem Karl-von-Großheim-Platz 5800 Mk. zur Verfügung gestellt werden. Der Bürgerausschuß erteilte die beantragte Mitgenehmigung.

Keine unentgeltlichen öffentlichen Bedürfnisanstalten (Klosetts) für die männliche Bevölkerung. Der Senat teilte der Bürgerschaftsversammlung am Dienstag folgendes Dekret mit: Die Bürgerschaft hat in ihrer Versammlung vom 20. März 1912 an den Senat das Ersuchen gerichtet, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß der Bevölkerung Lübeck beiderlei Geschlechts die Möglichkeit gegeben werde, die öffentlichen Bedürfnisanstalten — auch die Aborte — unentgeltlich zu benutzen. Die Baudeputation, vom Senate beauftragt, sich hierüber zu äußern, hat sich dahin erklärt, daß in den Voranschlag der Baudeputation für das Rechnungsjahr 1912 unter den Ausgaben für die Bedürfnisanstalten bereits ein größerer Betrag als für 1911 eingestellt worden ist, um in jeder Bedürfnisanstalt der weiblichen Bevölkerung eines der vorhandenen Klosetts als Freiklosett zur Verfügung stellen zu können. Die Mittel müssen zum größten Teil als Entschädigung für die Wartefrauen verwendet werden. Für die männliche Bevölkerung in gleicher Weise zu sorgen, verbietet sich im Hinblick auf die geringere Anzahl der für sie zur Verfügung stehenden Klosetts — in vier der vorhandenen Bedürfnisanstalten befindet sich nur ein Klosett für Männer, nur in der am Markt sind deren zwei — ferner wegen der erheblichen Kosten, die mit deren Vermehrung verbunden sein würden, sowie mit Rücksicht darauf, daß falls die vorhandenen Klosetts für die männliche Bevölkerung zur unentgeltlichen Benutzung freigegeben würden, dem Publikum, das einen öffentlichen Abort gegen Bezahlung benutzen möchte, ein solcher nicht mehr zur Verfügung bliebe. Das kann nicht erwünscht sein. Es muß daher von der Freigabe je eines Abortes für die männliche Bevölkerung abgesehen werden.

R. Schwurgericht. Wegen Unterschlagung, Urkundenfälschung und versuchter Brandstiftung hatte sich gestern, am letzten Tage dieser Schwurgerichtsperiode, zuerst der Kaufmann Jacobson, aus Schleswig gebürtig, zu verantworten. Der Verhandlung lag folgender Sachverhalt zugrunde, den der Angeklagte von vornherein im allgemeinen ausgab: Er war seit dem Jahre 1910 bei dem Räuhererbreiter Ahrend in Schlutrup als Buchhalter in Stellung und bezog zuletzt ein Gehalt von 155 Mk. im Monat. Da er aber das Glaschen liebte und außerdem nette Unterhaltung, so kam er mit seinem Gehalt natürlich nicht aus. Von Anfang an wachte er sich Geld zu verschaffen, um seine Bedürfnisse zu befriedigen. Das Geld, das auswärtige Kunden an die Räuhererei einbrachten, ging

durch seine Hände. Es wurde ihm daher nicht schwer, sich eine Summe nach der andern anzueignen, im ganzen ungefähr 134,75 Mk. Zum Teil quittierte er unberechtigt Wohnanweisungen mit dem Namen seines Chefs, sodas dieser von den Eingängen im unklaren bleiben mußte, zum Teil unterschlug er aber auch Geld, das er auf Postanweisungen erhielt, die von dem Räucherbesitzer A. quittiert waren. Um die Unregelmäßigkeiten zu verdecken, wenigstens aber ihre Feststellung zu erschweren, dafür hatte er schon von vornherein gesorgt: die Buchführung hatte er nämlich nach seinem Ermessen eingerichtet. Bis zum Anfang dieses Jahres ging alles gut und schön. Da nahte aber das Verhängnis. Wahrscheinlich hatte sein Chef Verdacht geschöpft; denn am Morgen des 5. Februar dieses Jahres sagte dieser zu dem Angeklagten, daß er Inventur machen wolle. Nun bekam es der Angeklagte mit der Angst zu tun. Zuerst versiel er auf den Gedanken, zu seinem wohlhabenden Vater nach Schleswig zu fahren, diesem alles einzugesuchen und ihn zu bitten, das veruntreute Geld zu decken. Er ließ sich zu diesem Zwecke Urlaub geben mit der Begründung, in Lübeck einige Besorgungen zu erledigen. Auf der Fahrt nach Lübeck geriet er jedoch in eine fidele Gesellschaft. Einwohner von Schlutup waren nämlich auf einer Bierreise begriffen. Er schloß sich ihnen ohne weiteres an und ließ seinen Vorkauf, nach Schleswig zu fahren, fallen. Nun wurden die verschiedensten Kneipen besucht, und als man des Nachts per Auto die Heimreise antrat, befand sich jeder in einer feuchtkrüftlichen Laune. In dieser Stimmung, von der Angst geplagt und vom Alkohol noch völlig aus dem seelischen Gleichgewicht geworfen, faßte der Angeklagte den Entschluß, die Bücher auf irgend eine Weise zu vernichten. Ehe er sich deshalb nach Hause begab, ging er nach dem Kontor der Räuchererei, zu dem er einen Schlüssel besaß. Er ahnte nämlich ganz richtig, daß sein Chef inzwischen die Bücher kontrolliert hatte. Er fand auch auf dem Bulte Zettel mit Additionen vor. Jetzt kam er nun auf den Gedanken, die Bücher zu verbrennen und damit die Beweise seiner Untreue zu zerstören. Zu diesem Zwecke goß er dann das Petroleum aus der Lampe auf die Bücher, die in der Schublade des Schreibpultes lagen und zündete es an. Als er die Flammen empor schlagen sah, entfernte er sich. Er betritt von Anfang an, die Absicht gehabt zu haben, das ganze Haus zu vernichten. Nur die Bücher und nichts weiter habe er verbrennen wollen. Ein größeres Unglück hätte er gar nicht in den Kreis der Möglichkeiten gezogen. Als er am andern Morgen nach dem Geschäft kam, hatten der Inhaber der Räuchererei und dessen Frau die Brandstellen bereits entdeckt. Das Feuer hatte zu wenig Luft gehabt, sodas es sich nicht entfachen konnte. Ein Sachverständiger, der zur Verhandlung geladen war, gab an, daß sich das Feuer habe überhaupt nicht ausbreiten können, da das Zutreten von Sauerstoff in den Raum zu gering sei. Andernfalls hätte ein schreckliches Unglück entstehen können; denn über dem Kontor, in dem der Angeklagte das Feuer angelegt hatte, schlossen zu derselben Zeit sechs Arbeiterinnen, die im Schlafe vom Feuer überrascht worden wären und einen qualvollen Flammentod erlitten hätten. Natürlich war es sofort klar, daß das Feuer nur vorläufig angelegt gewesen sein konnte. Man verdächtigte anfangs verschiedene Personen, und als man schließlich dem Angeklagten auf den Leib rückte, legte er ein umfassendes Geständnis ab. Der Staatsanwalt war der Meinung, daß der Brandstiftungsversuch klar erwiesen sei und mitbernde Umstände keineswegs vorlägen. Rechtsanwalt Bienenert, der Verteidiger des Angeklagten, kam in seinem interessanten Plädoyer auf den Dolus eventualis zu sprechen und führte aus, daß mit dieser juristischen Konstruktion, die leicht zu den kuriossten Konsequenzen führen kann, viel das Reichsgericht operiere, das hoch über allem Volke stände. Die Geschworenen seien aber nicht an den Dolus eventualis gebunden. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage auf versuchte Brandstiftung, sprachen aber den Angeklagten in allen anderen Fällen schuldig und billigten ihm in mildere Umstände zu. Das Gericht verurteilte darauf den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und vier Monaten und rechnete ihm drei Monate als durch die Untersuchungshaft verbüßt an.

Nach einer Mittagspause wurde sodann gegen die beiden Straßenräuber „Arbeiter“ Lippke und Kosschlächter Daniel verhandelt, die — wie noch in Erinnerung ist — Mitte Juni d. J. des Nachts einen norwegischen Matrosen und einen hiesigen Kaufmann beraubt hatten. Der Angeklagte Lippke ist ein berüchtigter Verbrecher, der nicht weniger als zwanzig Vorstrafen hat. Zuletzt war er in einer hiesigen Herberge als Hausdiener angestellt. Dort lernte er eines Tages den Kosschlächter Daniel kennen und forderte ihn auf — nach dem Erzählen des Angeklagten L. — mit ihm einen Mann zu suchen, der einem andern ein Portemonnaie gestohlen haben sollte. Von einem Schäferhund begleitet, sind sie dann auch bis nach Israelsdorf gegangen, ohne jedoch den Mann zu finden. Auf jeden Fall haben sie dort wohl ein Opfer geübt. Des Nachts traten sie den Heimweg an. Da begegneten sie an der Untertrave einem norwegischen Matrosen. Da die „Luft rein war“, versetzte ihm Daniel mit einer schweren eisernen Kette zwei Schläge ins Gesicht. Der Matrose wollte darauf an das Wasser gehen, um sich das Blut aus dem Gesicht zu waschen. Die beiden Straßenräuber verfolgten ihn bis dorthin, und während ihn nun Daniel packte und drohte, wenn er das Geld nicht herausgäbe, ihn ins Wasser werfen zu wollen, plünderte ihm Lippke die Taschen. Sie nahmen ihm über zwölf Mark ab; die Beute teilten sie sich. Nachdem sich die Verbrecher entfernt hatten, suchte der beraubte Matrose einen Schuhmann auf, mit dem er sich auf die Suche nach den Räubern machte, die er auch in einem Torweg stehen sah, jedoch nicht wieder erkannte. Dieses erste Verbrechen war also geübt, und so suchten sich die Burischen ein anderes Opfer. In der Beckergrube trafen sie den Kaufmann W., der schwer bezeugt von einer Abschießerei heimkehrte. Auch hier verfolgten die Burischen dieselbe Taktik wie im ersten Falle. Daniel schlug wieder mit der beschlagnahmten Kette auf das Opfer ein, hielt es dann fest und Lippke plünderte die Taschen. Die Wegelagerer gingen dann nach Fünshausen zu, wo sie verhaftet wurden. Anfangs leugneten sie, mit den Straßenräubern identisch zu sein. Als man aber ihre Taschen durchsuchte und das Portemonnaie des beraubten Kaufmanns fand, gestanden sie die Verbrechen ein. Der als Zeuge geladene Kaufmann muß fürchtbar im Zweifel gewesen sein, denn er konnte absolut nicht angeben, in welcher Weise er überfallen worden war. Lippke war geständig, stellte aber den Sachverhalt ganz anders dar. Daniel gab an, stark betrunken gewesen zu sein, so daß er sich an nichts mehr erinnern konnte. Die Geschworenen bejahen die Schuldfragen. Das Gericht verurteilte Lippke zu sieben Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust und Daniel zu fünf Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.

Gewerbeanmeldungen für die Monate April, Mai, Juni 1912. Agenten 3, Auskunftsbegehren 1, Automobilwerkzeughändler 2, Bäcker 1, Bäckermeister 2, Barbier 1, Friseur 8, Branntweinhändler 1, Brothändler 1, Buchbinder 1,

Buchhalter 1, Buch- und Zeitschriftenhändler 1, Dekorateur- und Fettwarenhandl. 6, Dentisten 2, Drogenhändler 3, Fahrradhandl. 1, Feuerversicherungsagenten 3, Flaschenbierhändler 6, Friseurinnen 5, Frucht- und Gemüsehandl. 6, Fuhrwerksbesitzer 1, Gastwirte 8, Glas- und Porzellanwarenhändler 1, Handelsleute 19, Handlungsagenten 4, Hand- schuhhändler 1, Haus- und Hypothekmakler 1, Köcher 12, Ingenieure 1, Kammerjäger 1, Kaufleute 14, Klempner 1, Kolonialwarenhändler 1, Konditoren 3, Krämer 9, Kühlhaus- und Eisfabrikbesitzer 1, Kunstbontagfabrikanten 1, Kunst- und Handelsgärtner 1, Lichtdruckereibesitzer 1, Lohnbedienter 1, Maler 2, Maler 4, Manufaktur- und Weißwarenhandl. 2, Maurer und Bauunternehmer 2, Meiereibesitzer 1, Milch- und Butterhändler 3, Möbelfabrikanten 1, Möbelfabrikanten 3, Müller 1, Musiker 1, Pensionatsinhaber 2, Plätterinnen 4, Schänkmirte 24, Schaueller 1, Schirmmacher 2, Schlächter 3, Schlosser 2, Schneider 1, Schneiderinnen 7, Schneidermeister 1, Schornsteinfegermeister 2, Schuhmacher 1, Speisewirte 1, Tabak- und Zigarrenhändler 3, Telephon-Apparate-Instalateure 1, Tischler 1, Töpfer 1, Trödler 2, Uhrmacher 2, Viehhändler 1, Wäscher 11, zusammen 230.

Die Versorgung kranker Säuglinge in der heißen Zeit. Jede auch die anscheinend leichteste Krankheit eines Säuglings kann in der heißen Zeit binnen wenigen Stunden einen tödlichen Ausgang nehmen und muß daher rechtzeitig vom Arzte behandelt werden. Keine Krankheit darf bis in die heißen Tage ansetzen, mag es sich nun um einen geringfügig erscheinenden Durchfall oder Verstopfung, um einen Schnupfen, um Geschwüre auf der Haut handeln. Jedes kleinste Krankheitszeichen, das in heißen Tagen eintritt, erfordert Beachtung und Behandlung. Nicht erst, wenn der Durchfall da ist, soll der Arzt in Anspruch genommen werden; denn dann ist es häufig zu spät, sondern schon, wenn das Kind unruhig ist, wenn es blaß wird, auch wenn es dabei verstopft sein sollte, muß es zum Arzt, in die Säuglingsfürsorge oder ins Spital gebracht werden. Tritt Durchfall ein, dann sind sofort Milch und sonstige Nahrung wegzulassen, das Kind darf nur Tee und Wasser bekommen, ist möglichst leicht zu bekleiden und sofort zum Arzt zu bringen. Der Mutter, die in der heißen Zeit so oft als möglich die Säuglingsfürsorge oder ihren Arzt aufsucht, wird es am sichersten gelingen, ihr Kind gesund zu erhalten.

Stadtbibliothek. Die Stadtbibliothek ist während der Sommerferien vom 8. bis 20. Juli geschlossen, vom 22. Juli bis 3. August an den Werktagen mit Ausnahme des Sonnabends, von 10 bis 1 Uhr geöffnet. Die geminsten Bücher sind spätestens bis um 9 Uhr morgens zu bestellen.

pb. Verhaftungen. Festgenommen wurden ein Arbeiter von hier wegen Diebstahls zum Nachteil eines hiesigen Warenhauses und ein Metallschleifer aus Berlin, der unter der Angabe, daß er noch 14 Tage Gefängnis wegen Diebstahls zu verbüßen habe, sich freiwillig gestellt hat.

pb. Fahrrad Diebstahl. Am 1. ds. Mts., nachmittags zwischen 1 1/2 und 1 3/4 Uhr ist ein in der Vorhalle des Bahnhofes aufgestelltes Fahrrad gestohlen worden. Das Rad hat schwarzes Gestell, schwarze Felgen, kleine Glocke und Korgriffe. Die Bremsklinge ist stark verbogen.

Öffentliche Trinkerfürsorgeanstalt Lübeck, Parade 1. Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 5. d. M., abends 6—7 Uhr.

Schwartau. Die Sprechstunde des Arbeiterssekretariates findet morgen, Freitag, von 5 bis 8 Uhr abends, im Lokale des Herrn Pintert, „Transval“, statt.

Schwartau. Das Gewerkschaftsfest findet am kommenden Sonntag in Schwartau auf dem Dierschaplus statt. Die Reihenfolge der Vereine im Festzuge ist wie folgt ausgetost worden:

1. Zug.
 1. Arbeiter-Radsfahrer-Bund.
 2. Turnverein Eichenfranz.
 3. Sozialdemokratischer Verein Seereh.
 4. Transportarbeiter-Verband.
 5. Holzarbeiter-Verband.
2. Zug.
 6. Sozialdemokratischer Verein Schwartau-Kempfeld.
 7. Zimmerer-Verband.
 8. Landarbeiter-Verband.
 9. Metallarbeiter-Verband.
3. Zug.
 10. Fabrikarbeiter-Verband.
 11. Bauarbeiter-Verband.
 12. Arbeiter-Sängerverband.

Die Lübecker Hafenfähre legt um 1 Uhr und 1 1/2 Uhr Extrafahrten nach hier ein. Am 12 Uhr beginnt der Zehn-Minuten-Verkehr auf der Straßenbahn-Linie Schwartau-Wahlhof. Arbeiter, Parteigenossen! Beteiligt euch zahlreich am Gewerkschaftsfest.

Wandsbek. Ein Reklamebrief der Wandsbeker Auguste. Auguste Müllers Siebenmonatskinder-Vermittlung ein gros und detail veranfalet gegenwärtig wieder eine rührige Reklame. Gegenwärtig sucht die Firma im rheinisch-westfälischen Industriegebiet Gelegenheit zur Betätigung. Sie versendet an dortige Industrielle Empfehlungsschreiben folgenden hochtönenden Inhalts:

Internationaler Arbeitsnachweis,
Inh.: Fr. A. Lindenberg verw. Müller,
Wandsbek bei Hamburg.
Vernsprecher: Hamburg, Gruppe IV, 3120. Bankkonto:
Deutsche Bank, Filiale Hamburg, Depositentasse N.
Größtes Bureau Deutschlands für Streitangelegenheiten.
Gegründet 1906.
Büreaustunden von 8 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends.
Sonntags von 9 bis 2 Uhr.
Spezialität: Beschaffung von Arbeitswilligen bei Lohnkämpfen.

Infolge heutiger Lage auf dem Arbeitsmarkte und des Vorgehens der organisierten Arbeiterschaft sowie deren Organe hat es sich obiges Bureau zur Aufgabe gemacht, bei vorkommenden Streiks und Sperren den Herren Arbeitgebern arbeitswilliges Personal guter Qualität in jeder gewünschten Anzahl sofort zur Verfügung zu stellen. Unser Unternehmen ist durch seine weitverzweigten Verbindungen in der Lage, in einem Zeitraum von acht Tagen 8000 Leute zu stellen. Eine Arbeitswilligenkolonne von 400 Leuten, worunter sich über die Hälfte gelernte Arbeiter und Handwerker als Schlosser, Schmiede, Dreher usw. befinden, kann auf telegraphische Ordre sofort nach einem von Streik bedrohten Werke dirigiert werden. In einem Zeitraum von einem Jahr ist es mir gelungen, 40 größere Streiks mit 5000 Leuten zu besetzen. Das Organ der Hamburger Sozialdemokratie (das „Echo“) schreibt am 18. 5. 09 gelegentlich einer Lohnbewegung:

„Wo Lohnbewegungen oder Streiks ausgebrochen sind, darf selbstverständlich das Internationale Bureau von Müller, Wandsbek, nicht fehlen, dessen schätzbare Vermitteltätigkeit sich auch hier „glänzend“ bewährt hat, was wohl hier wieder öffentlich attestiert werden wird usw.“

Die Arbeitswilligen stehen der Öffentlichkeit stets näher als die Streikenden. Unsere Vermittlung hat also auch vom Standpunkt der Arbeitnehmer immer den Rechtsboden unter den Füßen. Ein mit Lohnkämpfen und unserer Vermittlung vollständig vertrauter Beamter steht den Herren Arbeitgebern zur mündlichen Unterhandlung zur Verfügung, gegen Nichterstattung der Spesen.

Briefliche Auskunft über Streitangelegenheiten kostenlos.
Entfernung kommt nicht in Betracht, da die Leute nach allen Gegenden des In- und Auslandes vermittelt werden.

Hochachtend
Internationaler Arbeitsnachweis,
Referenzen umfänglich!

Dann folgen drei Quartseiten von „Referenzen“, in denen ein halbes Hundert Unternehmer der Firma auf ihren Wunsch bestätigen, daß die gelieferten Streikbrecher sich „gut bewährt“ haben. Daß Auguste Müller Wwe., jetzige Frau A. Lindenberg, binnen 8 Tagen 8000 Siebenmonatskinder in „guter Qualität“ auf die Weine bringen will, zeugt von „allerhand Unternehmungslust“, ist aber eine ähnliche Illusion wie die Annahme, daß die Arbeitswilligen der Öffentlichkeit stets näher stehen, als die Streikenden, sofern man nicht unter „Öffentlichkeit“ die Kapitalisten und ihre journalistischen Preisrichter versteht. Daß aber die Streikbrecher „immer den Rechtsboden unter den Füßen haben“, ist leider eine bekannte Tatsache, die durch zahlreiche Gerichtsurteile bewiesen wird.

3. Jh. Lohesopfer des Militarismus. Auf dem Truppenübungsplatz Lockstedter Lager hat sich Mittwoch mittag ein schwerer Unglücksfall zugetragen. Durch einen fehlgegangenen Schuß, der in den Beobachtungsturm drang, wurde Oberleutnant Hoe vom 45. Artillerieregiment schwer, Leutnant von Boehm vom 9. Artillerieregiment leicht verwundet. Drei Unteroffiziere vom 9. Artillerieregiment wurden schwer verwundet und zwei Kanoniere vom selben Regiment getötet. — Die Untersuchung wird ergehen müssen, worauf der Unglücksfall zurückzuführen ist. — Die Namen der getöteten Kanoniere sind Schilling und Sessel vom 9. Artillerieregiment. Die Namen der verletzten Offiziere sind Oberleutnant König und Leutnant Boehm. Die Namen der verletzten Unteroffiziere sind Sergeant Wulf vom 9. Artillerieregiment, 6. Batterie (Sprengstück im Rücken), Unteroffizier Schnabel vom 9. Artillerieregiment (Arm abgerissen und schwere Verletzungen) und Unteroffizier der Reserve Freudenreich (Bruch des rechten Oberarmes und Verletzungen am Kopf rechts). Sergeant Wulf ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen.

Schleswig-Holstein. Die Kommunalwahlrecht in Schleswig-Holstein. Den Bürgervereinen, die vor einigen Wochen auf ihrem Verbandstage in Glückstadt die Frage der Änderung des schleswig-holsteinischen Kommunalwahlrechts berieten, sind jetzt die schleswig-holsteinischen Haus- und Grundbesitzer gefolgt. Auf ihrem Verbandstage, der am letzten Sonntag in Schleswig stattfand, waren aber die Meinungen über das Wie der Änderung genau so geteilt, wie auf dem Verbandstage ihrer Klassengenossen in Glückstadt. Die einzige Möglichkeit, den Vormarsch der Sozialdemokratie auf die Dauer zu hemmen, liegt nur in der Einführung der Klassenwahl. Alle anderen Vorschläge: Zensurerhöhung, wo er noch nicht den höchsten Satz erreicht hat, Einführung der Bezirkswahl usw., sind Dämme, die nur auf gewisse Zeit die steigende rote Flute aufhalten können. Aber mit der Dreiklassenwahl werden den Bürgern auch wichtige Rechte genommen und deshalb streckt man sich vor der Forderung zurück. Herr Rößler-Altona machte auch hier Propaganda für sein reaktionäres Dreiklassenprojekt mit ungleicher Vertreterzahl in den einzelnen Klassen, aber er fand nicht die nötige Gegenliebe. Der Herr hat übrigens neben der sozialdemokratischen Gefahr noch eine zweite entdeckt, und die droht von der Beamten- und Lehrerschaft, die zur Vertretung ihrer Interessen oft geneigt seien, Sonderkandidaturen aufzustellen und dadurch die Einigkeit des Bürgertums gegenüber der Sozialdemokratie zu gefährden. Natürlich erhebt den Herren die Gefahr einer sozialdemokratischen Mehrheit in den Großstädten Kiel und Altona großer, als in den Mittel- und Kleinstädten. Darum ist auch die Zahl der Dreiklassenwahlrechtsfreunde in den beiden Großstädten am stärksten. Ein ganz Schlawer machte sogar den Vorschlag, es müsse eine besondere Städteverfassung für die Großstädte und eine für die Mittel- und Kleinstädte geschaffen werden. Zu einem bestimmten Vorschlage kam der Verbandstag jedoch nicht. Er wählte eine fünfgliedrige Kommission, die gemeinsam mit dem Verband der Bürgervereine weiter darüber beraten soll, wie das schleswig-holsteinische Wahlrecht mit möglichst wenig Schaben für das Bürgertum verhandelt werden kann. — Beachtung verdient eine Mitteilung des Wandsbeker Stadtverordnetenvorstehers Sproessel, daß amtlicherseits bereits Erhebungen über eine eventl. Änderung des Wahlrechts in Schleswig-Holstein angestellt worden seien.

Sensuisti (Dithmarschen). Blüschlag. Bergs Besitz in Morderheist wurde durch Wikschlaa eingewickelt. Der Schaden ist sehr bedeutend.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 3. Juli.
Bauern-Butter Pfd. 1,20—1,25 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,30—1,35 Mk., Hafel —, Mk., Enten 3,00—4,00 Mk., Hühner 2,00—3,00 Mk., Küken Stück 1,20—1,50 Mk., Tauben Stück 55—65 Pf., Gänse — Pfd., — Mk., Fliedgans — Mk., Schinken Pfd. 1,00—1,10 Mk., Schweinsskopf Pfd. 55—65 Pfg., Wurst Pfd. 1,30—1,50, Tier Stk. 7—8 Pfg., Leringe — Pfg., Dorche genüg., Sachwasserfische genüg., Karpfen Pfd. — Mk., Geräuch. Sacks Pfd. 1—2 Mk., Schleie 1,30—1,40 Mk., Brachsen —, Pf., Hechte Pfd. — Pf., Barche Pfd. 60 Pfg., Aal Pfd. 0,70—1,00 Mk., Karautschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genüg., Blumentohl der Kopf 20—40 Pf., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Zwickeln, hiesige, Pfd. — Mk., Äpfel, verschiedene pr. 100 Pfd. —, — Mk., Pfäumen, pr. 100 Pfd. 1—0,00 Mk., Mand Pfd. — Pfg., Steinbutt, lebende Pfd. 60 Pfg., Spargel 1. Sorte 00—00 Pf., 2. Sorte 00 Pf., 3. Sorte 00—00 Pf.

Butter-Notierungen
d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.
Hamburg, 4. Juli.
1. Klasse 560 Drittel zu 120,09 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 80 „ 114,03 Mk.
Unverkauft blieben — Tonnen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Schmitz für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: E. H. Schwanke, Druck: Friedr. Meiner u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Besucht zu sofort eine (1729)
Wangel- und Blusen-Plätterin.
 Das. ein mit gutem Zeugnis vers.
 tadtfundiger, unverheirat. Kutscher,
 bei gutem Lohn. Wohnung daselbst.
 Jürs, Gärtnergasse 5,
 Mühlenort.

Besucht ein Kaufbursche
 außer der Schulzeit. (1731)
 I. Becker, Dornstraße 29.

Zum 1. Okt. Laden mit vollständ.
 Einr. für Kolonialwaren, dazu Drei-
 Zimmer-Wohnung, gr. Bodenküche,
 Keller u. sonst. Zub. 480 Mk. (1734)
 Näh. Kruse, Finkenstraße 3. pt. r.

Abgeschl. Zwei-Zimm.-Wohn.
 3. Etage, an einzelne Leute.
 (1737) Schwarztauer Allee 63.

Kleine freundliche Zwei-Zimmer-
 Wohnung zu vermieten. 170 Mk.
 (1738) Schönkampstraße 9.

Zum 1. Oktober Zwei-Stuben-
 Wohnung mit allem Zubehör an
 Leute ohne Kinder zu vermieten.
 (1735) Näh. Hansstr. 64. pt.

Haus mit 3 Wohnung, u. Werkst.
 Nähe Bahnhof billig zu verkaufen.
 Ang. unter T H an die Exp. (1726)

Ein fast neues Rad
 Strohkrenner, billig zu verk. (1723)
 Joh. Meier, Arminstraße 12a.

Frau Karsten
Hebamme
 wohnt (1736)
 Glockengießerstraße 47.

Uhren! Uhren!
 neue und gebrauchte (1722)
 zu 3, 5, 7 und 10 Mk.
 nur Marktstraße 2, b. d. Post.

Kartoffeln
 Magnum bonum
 etwas klein, Zentner Mk. 2.25
 10 Pfund 30 Pfg.
 Johs. Peters, Dornestr. 32a.
 Kernbrecher 2168. (1739)

Die Arbeiter-Garderoben
 aus dem Spezial-Geschäft von
 Lübeck **Otto Albers** Kobl. 10
 sind vorteilhaft bekannt durch
 gute Verarbeitung u. sehr billige
 Preise. N. a.:
 Lederhosen . . . 2.20-6.45
 Wollhosen . . . 2.60-6.75
 Schieferhosen . . . 1.88-5.25
 Überziehhosen . . . 1.08-2.35
 Zwirn-Hosen . . . 1.68-3.25
 Leinene Hosen, Stränge u. gerade,
 1.28, Kufen, Hemden, Schlafter-
 jacken, Friseurjacken, Maternmäntel
 ebenfalls billig. Mägen von 30
 Pf. bis 1.88 Mk. **Note Subcan.**

Arbeiter-Abstinenzbund

Mitglieder-Versammlung
 am Freitag, dem 5. Juli
 abends 8 1/2 Uhr
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstraße 50-52.
 (1728) Der Vorstand.

Zentral-Verband
 prolet. Freidenker Deutschl.

Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung
 morgen Freitag, 5. Juli
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstraße 50-52
 Tagesordnung:
 Wahl eines Delegierten zum
 Gastag.
 (1727) Der Vorstand.

Gewerkschaftshaus
 Lübeck, Johannisstraße 50-52
 Morgen Freitag:

Gr. Sommer-Fest
Instrumental-Konzert
Sommernachtsball
Vogelschiessen
Scheibenschiessen
 (1721) Anfang 6 Uhr.
 Entree für Herr u. Dame 40 Pf.

Friedr. Meyer & Comp.

Buchdruckerei — Buchhandlung
 Johannisstraße 46 — LÜBECK — Fernspr.: Nr. 926

Anfertigung
 von
 Plakaten
 Broschüren
 Flugblättern
 Statuten
 Mitgliedskarten
 Eintrittskarten
 Programmen
 Festliedern.

Herstellung sämtlicher
 ■ Buchdruckarbeiten ■
 in ein- u. mehrfarbigem Druck

Für Massenaufgaben: Rotationsdruck.
 Solide Preise. — Prompte Lieferung.

Verlag des Lübecker Volksboten

Anfertigung
 von
 Briefbogen
 Kouverts
 Rechnungen
 Quittungen
 Mitteilungen
 Adresskarten
 Zirkularen
 Visitenkarten.



Wegen vorgerückter Saison
 verkaufe braune Damen-,
 Mädchen- u. Kinderstiefel
 zu außergewöhnlichen
 billigen Preisen.
 Herren- u. Chebr.-Schuür-
 stiefel, Goodgear-Welt
 12,75 Mk.,
 Damen 11,75 Mk.
 ferner einen Posten
 Knaben- u. Mädchenstiefel
 27-30 3,50 Mk.
 31-35 4,25 Mk.
 36-40 5,50 Mk.
 Sandalen und Turnschuhe
 in großer Auswahl
 jetzt sehr billig.
 Rabattmarken oder 4 %
 in bar.

Schuhwarenhaus Ernst Langbein
 (1732) Geverdesstraße 32.

Charles Dickens' ausgewählte Werke

in zwei guten Leinenbänden sind noch vorrätig und
 geben dieselben zum Preise von Mk. 2.40 an die
 Leser des Volksboten ab.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
 Johannisstraße 46.

Auf Teilzahlung

in kleinen wöchentlichen oder monatlichen Raten.

Sämtliche
Einzel-Möbel
 kompl. Schlafzimmer
 kompl. Wohnzimmer.
 Spezialität:
 Kompl. Wohnungs-
 Einrichtungen
 für Brautleute.

Herren-Konfektion
 Damen-Garderobe
 Knaben-Anzüge
 Mädchen-Kleider
 Kinderwagen
 Manufakturwaren
 Teppiche
 Gardinen.

Katalog gratis und franko. (1735)

Kauthaus Siegfried Ittmann

Lübeck, Breite Straße 33, I. Etage.

Prompt u. regelmäßig
 für 10 Pfg. nach **Schwartau**
 fahren nur die Dampfer mit
N H F im Schornstein (1724)
 ab Hütordamm ab Drehbrücke ab Struckfähre
Neue Hafenfähre G. m. b. H.

Christian Gäde

Kontor: Fischergrube 4 Fernsprecher 242
 (1872) empfiehlt alle Sorten

Brennmaterialien

zu billigsten Sommerpreisen.
 Jetzt günstigste Zeit zur Eindeckung des Winterbedarfs.
 Vollste Garantie für richtiges Gewicht resp. Mass.

Ein wertvolles Buch für jedermann ist

Der Ratgeber

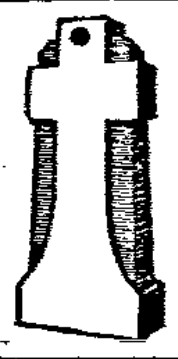
für das praktische Leben.

Hand- und Nachschlagebuch für alle
 Angelegenheiten; praktischer Hausarzt
 und Rezeptbuch nebst einem Anhang
 enthaltend: Wörterbuch der neuen Recht-
 schreibung, Zinsenberechnungs- u. andere
 Tabellen. — 1200 Illustrationen und
 Kunstbeilagen.

Preis dieses 1200 Seiten starken Werkes 2,75 Mk.
 nach auswärts 50 Pfg. Porto zu.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.
 Johannisstraße 46.



Grabdenkmäler

Billigste Bezugsquelle (1738)
 Direkter Verkauf an Private in der Fabrik.

Plettner & Bruhn
 Falkendamm, bei der Burgtorbrücke.

Der außerordentliche belgische Parteitag.

Über den belgischen Parteitag vom letzten Sonntag wird uns noch geschrieben:

Brüssel, 1. Juli 1912.

Der Parteitag hatte ausschließlich über die Mittel zur Eroberung des gleichen Wahlrechts zu beraten.

In Anbetracht der besonderen Verhältnisse hatte der Generalkonvent beschlossen, zu diesem Kongress nicht nur sämtliche politischen Ortsvereine, gewerkschaftliche Ortsgruppen und Konsumvereine, die der Arbeiterpartei angehören, sondern auch die nicht der Partei angeschlossenen, aber auf dem Standpunkt des Klassenkampfes stehenden Arbeiterorganisationen, insbesondere alle die der Generalkommission angehörenden Gewerkschaften einzuladen. Jede Organisation konnte zwei Delegierte entsenden, hatte aber nur eine Stimme. Infolge dieser Regelung war dieser Kongress der stärkste, den die Arbeiterpartei je gehabt hat. Der riesige Festsaal des Volkshauses war bis auf den letzten Platz mit Delegierten gefüllt. Im ganzen waren 1248 Organisationen durch 1558 Delegierte vertreten. Davon entfielen auf die nicht der Partei angeschlossenen Organisationen 254 Gruppen mit 258 Delegierten.

Der Vorsitzende Winters eröffnete den Kongress mit einer Ehrung der in Verniers, Lüttich und Brügge gefallenen Opfer der klerikalen Regierungskohorten.

Zur Geschäftsordnung wird beschlossen, daß die nicht-angeschlossenen Organisationen kein Stimmrecht haben sollen, jedoch soll zur Information des Kongresses eine getrennte Abstimmung der nicht angeschlossenen Organisationen vorgenommen werden.

Ein Antrag, die klerikale Presse auszuschließen, als Protest gegen die Art, wie sie den Wahlkampf geführt hat, wird mit 449 gegen 257 Stimmen angenommen. Das einleitende Referat über die Wahlrechtsfrage hielt Genosse Vandervelde, der dazu vom Generalkonvent beauftragt worden war. Er führte aus:

Die Diskussionen, die seit den Wahlen vom 2. Juni in allen größeren Wahlkreiszusammenfassungen stattgefunden haben, zeigten, daß es nunmehr keinen anderen Ausweg mehr gibt, als den Kampf ums allgemeine gleiche Wahlrecht mit erneuter Energie wieder aufzunehmen. Ebenso einmütig war man überall darüber, daß man in diesem Kampfe nötigenfalls bis zur Anwendung des Generalstreiks gehen müsse. Wenn ich die schwere Verantwortung übernommen habe, hier als Referent aufzutreten, so nur unter der Bedingung, daß ich nichts anderes zu vertreten haben werde, als die vom Generalkonvent nach einstimmiger Beschlußfassung formulierte Erklärung: „Wir wollen den Generalstreik, wir werden ihn so vorbereiten, daß er machtvoll und unwiderstehlich sein wird; aber wir wollen einen Streik ohne Aufstände und Blutvergießen, trotz aller Provokationen und trotz allen möglichen Zwischenfällen. Das wäre die allerhöchste Torheit, die man begehen könnte, und man würde damit der Regierung nur einen Gefallen erweisen. Es soll ein großes Komitee gebildet werden, dem Vertreter aller großen politischen und wirtschaftlichen Organisationen angehören sollen; dieses Komitee wird eine ununterbrochene Tätigkeit zur Vorbereitung des Streiks

entfalten und den Streik proklamieren, sobald es die Überzeugung gewonnen hat, daß die Arbeitermassen bereit sind und der Augenblick günstig ist.“

Diese Ansicht ist nur die logische Schlussfolgerung aus dem Wahlergebnis vom 2. Juni. Dieses hat überall eine bittere Enttäuschung und eine begreifliche Wut hervorgerufen. Wir hofften, und manche unserer Gegner fürchteten, die klerikale Regierungsmehrheit werde fallen. Wir hatten jedoch die Wirkung des Wahlschwindsels, der Korruption, der Ausbeutung der Unwissenheit und den Fanatismus der Klerikalen unterschätzt. Unterschätzt hatten wir aber auch den Klassenegoismus eines Teils der Bourgeoisie. Die klerikale Mehrheit ist bedeutend verstärkt worden. Freilich nicht auf unsere Kosten, sondern auf die der Liberalen. Der 2. Juni brachte einen klerikalen oder richtiger konservativen Sieg, aber keine sozialistische Niederlage. Die liberale Partei aber ist von einem Teil ihrer Wähler im Stiche gelassen worden, gerade in dem Augenblicke, wo sie sich ihrem demokratischen Ziele näherte, ja gerade weil sie dies tat.

Ich habe das bereits am Abend nach der Wahl öffentlich festgestellt und die klerikalen Blätter haben daraus gefolgert, daß die Niederlage des Liberalismus uns gleichgültig sei oder uns sogar mit heimlicher Schadenfreude erfülle. Das ist eine Verleumdung. Ich habe mich geweigert, die bürgerlichen Parteien als „die eine reaktionäre Masse“ zu betrachten. Ich habe immer den Unterschied gemacht zwischen denen, die den Forderungen der Arbeiterpartei einen brutalen Widerstand entgegenstellen und denen, die die Notwendigkeit einsehen, diese Forderungen zu erfüllen, ob es nun aus Klugheit oder aus Gerechtigkeitsgefühl geschieht. Wir können uns über die Niederlage des Liberalismus nicht freuen, weil sie eine Niederlage der Demokratie und, wenigstens dem Schein nach, des gleichen Wahlrechts war.

Aber dennoch hat gerade das Wahlergebnis vom 2. Juni die Einführung des gleichen Wahlrechts unvermeidlicher gemacht als je. Und zwar aus zwei Gründen. Erstens bleibt es nach wie vor dem 2. Juni Satzung, daß eine Minorität der Wähler über die Majorität im Parlament verfügt. Zweitens hat der Wahlausfall zur Folge gehabt, daß in den wallonischen Provinzen die Bewegung zugunsten der Abtrennung vom flämischen Landesteil eine bedrohliche Intensität angenommen hat, was alle Freunde der nationalen Einheit Belgiens dazu führen muß, die Einführung des gleichen Wahlrechts, zugleich mit der Entwicklung der Autonomie der Provinzen, als eine notwendige und verhängende Maßregel zu betrachten. Und drittens hat die Niederlage der Opposition infolge des Betrugs der bürgerlichen Pluralwähler die Arbeiter davon überzeugt, daß sie fortan vor allem auf ihre eigene Macht rechnen müssen, um — mit dem Generalstreik als äußerstem Kampfmittel — die politische Gleichberechtigung zu erobern.

Gleich bei der Wiedereröffnung des Parlaments, das am 9. Juli zu einer außerordentlichen Session zusammentritt, wird unsere Fraktion einen Antrag auf Verfassungsrevision einbringen, die der Einführung des gleichen Wahlrechts mit einem gerechten System der Proportionalvertretung gilt. Die Fraktion wird alles tun und alle erforderlichen Mittel der parlamentarischen Aktion in Anwendung bringen, um diesem Antrag zur Annahme zu verhelfen.

Diese parlamentarische Aktion soll aber durch eine

Bewegung im Lande unterstützt werden, die nötigenfalls bis zum Generalstreik gesteigert werden wird.

Alle unsere Organisationen haben sich zugunsten des Gebrauchs dieses Kampfmittels ausgesprochen. Es fragt sich nur, wie und wann es angewandt werden soll. Über einen Punkt war der Generalkonvent einstimmig: falls es zum Generalstreik kommt, sollen wir es um keinen Preis dulden, daß es zu Straßenschlächtern kommt. Wir wollen keinen neuen Aderlaß, der unsere Organisation und unsere ganze Bewegung vielleicht auf Jahre hinaus lähmen würde. Ein friedlicher Massenstreik aber fordert eine sorgfältige Vorbereitung.

Aus diesen Gründen werden wir uns mit aller Gewalt gegen jede Resolution wehren, die uns zur Erklärung des Generalstreiks schon während der bevorstehenden außerordentlichen Parlamentsession zwingen würde, falls die Regierung sich weigern sollte, unserem Antrag auf Verfassungsrevision stattzugeben. Die Regierung hat die Befugnis, die außerordentliche Session zu schließen, wann sie will. Dann würde aber die Bewegung im Sande verlaufen, dann hätte sie nur eine zurücksichtslosen Repression entschlossene Regierung vor sich. Auf keinen Fall kann man damit rechnen, daß die Regierung in der Wahlrechtsfrage im guten Wege nachgibt; es besteht vor allem keine Aussicht, sie während der Sommersession, also im Laufe weniger Tage zum Nachgeben zwingen zu können.

Der Wahlrechtsstreik kann nicht improvisiert werden, er soll in aller Ruhe und mit Kaltblütigkeit vorbereitet werden, und man soll ihn nur dann erklären, wenn alle anderen Mittel der Agitation, der parlamentarischen Diskussion und Preßion erschöpft sind, und wenn die Arbeiter auf organisatorischem Wege alle berechenbaren Chancen des Erfolges auf ihre Seite gebracht haben werden.

Die Vorbereitung des Wahlrechtsstreiks und die Beschlußfassung über seinen Zeitpunkt sollte einem besonderen Komitee überlassen werden, in dem sowohl die Gewerkschaften und Genossenschaften wie die politischen Organisationen vertreten sein sollen. Dieses Komitee sollte den Auftrag erhalten, gleich die Vorbereitungen zum Wahlrechtsstreik in Angriff zu nehmen.

Es gibt Genossen, die glauben, daß der Streik nur dann erklärt werden könne, wenn genug Mittel vorhanden sind, um allen Streikenden während mehrerer Wochen die gewerkschaftliche Streikunterstützung auszahlen zu können. Ich bin der Meinung, daß dann jeder Wahlrechtsstreik unmöglich wäre. Das Proletariat muß und wird für die Wahlrechtsfrage Opfer bringen, es kommt in der Hauptsache nur darauf an, über genug Geldmittel zu verfügen, damit während des Streiks die schlimmste Not durch Geld- und Lebensmittelunterstützungen gelindert werden kann. Es wird eine der Hauptaufgaben des zu bildenden Streikkomitees sei, zu diesem Zwecke einen Unterstützungsfonds zu bilden.

Und lassen Sie mich zum Schlusse die Hoffnung aussprechen, daß es doch noch gelingen möge, ohne die Anwendung dieses äußersten Mittels das Wahlrecht zu erobern. Vielleicht besinnen sich noch die bürgerlichen Wahlrechtsgegner, insbesondere die demokratischen Elemente der klerikalen Partei. Vielleicht besinnt sich auch der König, daß die beste Art, mit den volksfeindlichen Traditionen seiner Dynastie zu brechen, die Popularität des Volkes zu verdienen, die ist, seinen Einfluß zugunsten der Demokratisierung des Staatswesens und der Anerkennung der politischen Vollmündigkeit des ganzen

Der Volkspalast.

Sozialer Roman, frei nach dem Englischen des W. Besant, von G. Dewitt.

(11. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Sie dürfen mir Ihre Tochter ruhig anvertrauen, Kapitän Sorensen.“ sprach Angela mit Tränen in den Augen. „Hier herum ist jedermann arm,“ fuhr er fort, „und daher hartherzig. Ein jeder macht dem anderen Konkurrenz und sucht ihn zu unterbieten, und jeder greift in diesem Kampf zu schmutzigen Mitteln, zu Arglist und Betrug. Am schlechtesten haben es die Arbeiterinnen, weil sie sich nicht zu wehren vermögen. Lange Stunden, ungenügende Nahrung, schlechte Luft, O, seien Sie gut zu Ihren Arbeiterinnen, Fräulein Kennedy — aber Sie sind es, Sie werden es sein.“

„Ja, ich will es sein, Kapitän Sorensen.“

„Uns alten Seeleuten erscheint eine solche Existenz besonders schrecklich,“ fuhr er fort. „Wir haben es auch nicht leicht gehabt, aber wir lebten doch stets in der freien Luft. Wir alten Seeleute hatten es nicht nötig, unseren Lebensunterhalt durch Lug und Trug zu erwerben, und bei unserem Leben auf der See hielten wir es nicht für möglich, daß Mädchen gezwungen werden könnten, eine Tagesarbeit von 16 Stunden zu einem Stundenlohn von zwei Pence (16 Pfg.) zu leisten. Wenn ich an mein armes Kind denke, so steigt der Jörn in mir auf und —“ er unterbrach sich und erhob die geballte Faust, „lieber verhungern, als sich derart ausbeuten lassen.“ Er dachte in diesem Augenblick wohl an die Stelle, die er für Nelly abgelehnt hatte.

„Wollen wir es miteinander versuchen, Nelly?“ Angela küßte das Mädchen auf die Stirn.

Der Kapitän gab ihr das Geleit bis an das Tor. Als sie ihm die Hand bot, sah sie, daß ihm Tränen in den Augen standen.

Am demselben Abend verpflichtete Angela auch noch ein zweites junges Mädchen als Vorarbeiterin. Sie befand sich nach dem Essen in Begleitung Harrys auf einem Rundgange um die nahen Anlagen, als sie Bunker durch die Menge der Spaziergänger auf sie zukommen sah.

„Ich suchte Sie schon bei Frau Bormalack,“ redete er sie vorwurfsvoll an, „und muß Sie hier antreffen, und zwar wie immer in der Gesellschaft dieses jungen Burschen. Als ob meine Zeit für Sie keinen Wert befände!“

„Was haben Sie gegen die Gesellschaft dieses jungen Mannes einzuwenden, Herr Bunker?“ fragte Angela.

Ohne auf die Frage zu hören, fuhr er fort, dabei auf ein Mädchen an seiner Seite deutend:

„Hier ist sie, Fräulein Kennedy — Rebekka Hermitage. Ich habe sie gleich mitgebracht, um jeden Irrtum vorzubeugen; Sie können sie auf meine Empfehlung nehmen. In ganz Stepneg ist meine Empfehlung so gut wie Gold, und sie genügt jedem Arbeitgeber.“

Er wandte sich zu dem Mädchen, das mit ihm gekommen war.

„Rebekka,“ sprach er herablassend, „Sie mögen jetzt Ihr Herz ausschütten. Ich versprach Ihrem Vater, Ihnen beizustehen, und ich halte stets mein Wort.“

„Sparen Sie sich nur Ihre Mühe, Herr Bunker,“ versuchte Angela ihn zurückzuweisen. „Fräulein Rebekka Hermitage ist durchaus nicht auf Ihren Beistand angewiesen.“

Angela erblickte vor sich ein Mädchen, das ungefähr zwei- oder dreißig Jahre alt, und von kleiner, kräftiger Gestalt war. Sie hatte dunkles Haar, dunkle, lebhaftige Augen und einen brünetten Teint. Ein fester Zug um den Mund und ein energisches Sinn verliehen ihr ein kampflustiges Aussehen. Und in der Tat hatte sie schon mehr zu kämpfen gehabt, als die meisten Mädchen ihres Alters, da ihre Zugehörigkeit zu der Sekte ihres Vaters ihr außerordentliche Schwierigkeiten bereitet.

„Herr Bunker,“ begann die junge Person, die sicherlich nicht so aussah, als ob sie eines Fürsprechers bedürfte, „hat mir mitgeteilt, daß Sie eine Vorarbeiterin suchen.“

„Wir suchen eine Vorarbeiterin,“ wiederholte der Agent, als ob er ihre Worte zu verdolmetschen habe.

„Das stimmt,“ bestätigte Angela. „Doch sprechen wir von Ihnen. Ihr religiöser Standpunkt ist mir, wie ich gleich sagen will, schon bekannt.“

„Ihr religiöser Standpunkt ist bereits bekannt,“ wiederholte der Agent, der sich zwischen sie gedrängt hatte und den Eindruck eines Anwalts machte, der im Dienste beider Parteien steht.

„Dann kann ich also nur erklären,“ sprach das Mädchen und sah ein wenig enttäuscht aus, daß ihr eine so kostbare Gelegenheit, ein neues Mitglied für ihre Sekte zu werben, entgangen war, daß ich meiner Überzeugung immer treu bleiben und im Punkte der Wahrheit niemals nachgeben werde.“

„Im Punkte der Wahrheit wird sie niemals nachgeben,“ beteuerte der Agent.

„Ich werde ihr nichts zumuten, was gegen ihre Überzeugung und die Sache der Wahrheit verstoßen würde,“ sprach

Angela, der die Gegenwart des aufdringlichen Bunker stark auf die Nerven zu fallen begann.

„Sie wird Ihnen nichts derartiges zumuten,“ echote es aus Herrn Bunkers Munde. „Habe ich es Ihnen nicht gleich gesagt? Jetzt erkennen Sie wohl, was meine Empfehlungen wert sind.“

„Sie können es mir ja am Lohn abziehen,“ sprach Rebekka nicht ohne Selbstüberwindung, und man konnte es ihr anmerken, wie wichtig die Lohnfrage für sie war. „Ziehen Sie es mir am Lohne ab. Es geht natürlich nicht, daß ich fünf Tage arbeite und für sechs bezahlt werde; aber am Sonnabend, der der Sabbath ist, werde ich nicht arbeiten, noch mein Knecht, noch meine Magd, noch mein Vieh.“

„Sie wird nicht arbeiten, noch ihr Knecht, noch ihre Magd, noch ihr Vieh,“ wiederholte der Agent mit feierlichem Ausdruck.

„Aber wie halten Sie es denn mit dem Sonntag?“ fragte Angela.

„Ich arbeite am Sonntag so wenig wie möglich,“ gestand Rebekka, „da wir aus Rücksicht auf unsere schwächeren Brüder auch den Sonntag heiligen.“

„Nun, Fräulein Hermitage,“ sprach Angela, nicht ohne eine Empfindung von Neid auf diese junge Person, die durch ihre Religion einen Extra-Feiertag gewann, „wollen Sie es bei mir einmal auf Probe versuchen? Über den Lohnabzug können wir ja später sprechen. Wenn es Ihnen paßt, bitte ich Sie, morgen anzufangen. Nun wollen wir aber noch einmal um die Anlagen gehen und alles Nähere besprechen. Gute Nacht, Herr Bunker!“

Als Rebekka entdeckte, daß ihre Begleiterin nicht zu jener Klasse von Arbeitgebern gehörte, die ihre Angestellten ausbeuten, schikanieren und betrügen, verschwand die Kampfesmiene aus ihrem Gesicht und sie begann, Angela wertvolle Aufschlüsse geschäftlicher Art zu geben. Ehe sie trennten, entdeckte Angela zwei scharf ausgeprägte Charaktereigenschaften an ihr — daß sie nämlich in allen praktischen und geschäftlichen Fragen wohl erfahren und in der Religion eine Fanatikerin war.

„Die Welt wird sich einmal zu unserem Glauben bekehren,“ beteuerte sie. „Allerdings ist unsere Gemeinde jetzt nur klein und arm und mein Vater steht fast allein da. Aber welche Gnade, die einigen von Gott auserwählten Hütern der Wahrheit zu sein. Kommen Sie zu unserer Versammlung, Fräulein Kennedy, und hören Sie meinen Vater predigen. Er bekehrt einen jeden, der seinen Worten lauscht. Bitte, bitte, kommen Sie!“

Dann verabschiedete sie sich und auch Angela trat den Heimweg an.

Volk in die Waagschale zu legen. Diese Möglichkeit ist jedenfalls nicht ausgeschlossen, wenn wir nur unbesonnene und übereilte Schritte vermeiden. Das ist zunächst die größte Gefahr. Wir brauchen für den Generalstreik nicht an die Energie und die Begeisterung des belgischen Proletariats zu appellieren, diese Eigenschaften hat es bereits oft genug bewiesen. Was es jetzt vor allem braucht, ist Kaltblütigkeit, Disziplin und Beharrlichkeit. Nur durch eines könnte die Gewissheit unseres Sieges in Frage gestellt werden: durch unsere eigenen Fehler! Wohl, wir wollen aus den Erfahrungen von 1893 und 1902 lernen, und diese Fehler nicht begehen! Die Parole sei: Einigkeit, Selbstbeherrschung und Energie! (Stürmischer Beifall!)

Der erste Diskussionsredner ist Hubin. Er polemisiert gegen die Auffassung Vanderveldes, daß ein mehrwöchiger Generalstreik möglich sei, ohne daß es zu Straßendemonstrationen und blutigen Aufständen komme. Es ist unmöglich, durch einen bewaffneten Aufstand das Wahlrecht zu erobern, aber ebenso undenkbar ist ein „bis zum Ende“, daß heißt bis zum Siege oder bis zur Erschöpfung der Arbeiterkraft durchgeführter friedlicher Streik. Es wäre gefährlich, die Arbeiterklasse solches glauben zu lassen. Es besteht die Möglichkeit, daß im günstigsten Fall der Streik die Regierung zwingt, den Antrag auf Verfassungsrevision zur Beratung zuzulassen, aber nachher hat die erschöpfte Arbeiterkraft nicht mehr die Macht, während der Beratung des Antrags und bei den Neuwahlen ihren Einfluß geltend zu machen. Viel wirksamer wäre die Wiederholung von kürzeren Streiks, die die herrschenden Klassen ohne vorherige Warnung treffen und nicht über eine oder zwei Wochen dauern sollen. Dies würde einen Zustand der Unruhe und Unsicherheit hervorrufen, der die Regierung bald zum Nachgeben zwingen würde.

Nachdem noch Hins auf die Notwendigkeit der aufklärenden Agitation zur Vorbereitung des Massenstreiks hingewiesen hat, beschließt der Kongreß in Anbetracht der vorgerückten Zeit — es ist vier Uhr nachmittags — nur noch vier Redner zu hören: zwei Vertreter der Ansicht des Generalrats, de Broukère und Anseele, und zwei Delegierte der Bezirksföderation Charleroi, die die Proklamierung des Generalstreiks schon während der außerordentlichen Sesssion verlangt: Ernest und Destree.

Ernest schildert, wie nach dem Bekanntwerden des für die Opposition so ungünstigen Wahlergebnisses vom 2. Juni der Generalstreik unter den Berg- und Metallarbeitern des Revieres Charleroi spontan ausgebrochen sei. Einen Teil der Schuld dafür tragen die liberalen und sozialistischen Vorkämpfer im Wahlkampf, die, wie Vandervelde in Roux, den Arbeitern gesagt haben, falls die Regierung nicht falle, so werde die Revolution ausbrechen. (Aufgeregte Zwischenrufe; Vandervelde weist den Vorwurf mit Entschiedenheit zurück und erklärt, er treffe allerdings auf die Liberalen, nicht aber auf die sozialistischen Agitatoren zu. Ernest nimmt schließlich seine Äußerung, soweit sie die Rede Vanderveldes in Roux betrifft, zurück und fährt fort:) Nach einigen Tagen sind die Arbeiter schließlich den Mahnungen des Generalrats gefolgt und zurück an die Arbeit gegangen, aber nur, weil sie glaubten, der Generalstreik werde im Juli, nach der Eröffnung der außerordentlichen Parlamentssession, ausbrechen. Falls Sie jetzt eine weitere Vertagung des Kampfes beschließen, so wird das Vertrauen der Arbeiter unseres Kohlenreviers zu der Parteileitung geschwächt und die Einheit der Organisation gefährdet werden. Wir in Charleroi glauben nicht an die Möglichkeit eines friedlichen Streiks. Die Regierung wird uns provozieren; in allen Fällen, wo bis jetzt auf streikende Arbeiter geschossen wurde, handelte es sich um harmlose unbewaffnete Mengen, die von der bewaffneten Macht tödlich überfallen wurden. Die beste Art, dies zu vermeiden, ist, die Arbeiter instand zu setzen, sich wirksam dagegen zu wehren. Um den Streik unüberwindlich zu machen, sollte er mit einem administrativen Streik verbunden werden, wobei die Libe-

ralen uns zu Hilfe kommen müßten; sämtliche oppositionellen Stadtverordnete und Provinzialräte sollten sich weigern, ihr Mandat weiter auszuüben, und die Steuerzahler, insbesondere in den Reihen der liberalen Bourgeoisie, sollten zur Steuerverweigerung aufgefordert werden. Wir glauben auch durchaus an die Möglichkeit, die Armee und die Bürgergarde auf unsere Seite zu bekommen. Warten Sie nicht länger mit der Proklamierung des Streiks!

Dr. Broukère: Der Augenblick ist zu ernst, als daß wir jetzt unsere Zeit mit gegenseitigen Vorwürfen und Rekriminationen über die Taktik vor den jüngsten Wahlen vergeuden sollten. Das liberal-sozialistische Kartell ist tot, und es wird nicht wieder lebendig werden. Den Genossen von Charleroi aber scheint eine neue Form des Kartells vorzuschweben: das Kartell des Generalstreiks. Man hüte sich, bei den Arbeitern nur gefährliche Illusionen aufkommen zu lassen. Wenn wir bei einem Wahlrechtsstreik die Unterstützung einzelner liberaler Unternehmer, der liberalen Steuerzahler und Stadtverordneten, der Bürgergarde oder gar der Armee haben könnten, so wäre das freilich um so besser! Aber ich bin nicht so optimistisch, und ich fürchte, die Arbeiterklasse würde neuen gefährlichen Abenteuern und furchtbaren Enttäuschungen entgegengehen, wenn sie sich auf etwas anderes, als auf ihre eigene Macht verlassen wollte. Ich rechne für das Gelingen des Wahlrechtsstreiks weder auf den Bürger Koburg (den König), noch auf den Bürger Marique, (den typischen Vertreter der liberalen Großindustriellen). Ihre eigene Macht aber soll die Arbeiterkraft durch eine wirksame Vorbereitung des Generalstreiks erhöhen, wie es ja die am 2. Juni abgehaltene Tagung der gewerkschaftlichen Verbandsvorstände verlangt hat. An eine normale gewerkschaftliche Unterstützung aller Teilnehmer am Wahlrechtsstreik ist nicht zu denken. Um 500 000 Streikende während sechs Wochen zweiundeinhalb Francs pro Tag an Streikunterstützung auszahlen zu können, müßten unsere Gewerkschaften 18 Jahre hindurch von allen ihren Mitgliedern einen Extrabeitrag von 50 Cent pro Woche erheben! Aber man sollte wenigstens die Armen einigermassen unterstützen können. Während der Absperrung in Serviers haben die meisten Arbeiter nur 13—14 Francs im Monat erhalten. Bei dem jüngsten Bergarbeiterstreik in Berimage, der sieben Wochen dauerte, hatte man nur die Bedürftigsten unterstützt und zwar hauptsächlich mit Lebensmitteln. Es werden aber auch dann immerhin noch einige Millionen notwendig sein, um Brot und Suppe für einen mehrwöchentlichen Streik zu haben; das nötige Geld wird man jedoch bei einigem guten Willen schon zusammenbringen. Es hängt aber auch viel von der moralischen Vorbereitung des Streiks ab. Wenn wir es so weit bringen, daß wir mindestens eine halbe Million Arbeiter für einen mehrwöchentlichen Streik — für etwa sechs Wochen — mobilisieren können, so haben wir alle Chancen auf unserer Seite, und dann wird die Bourgeoisie vielleicht finden, daß sie billiger weggommt, wenn sie uns das gleiche Wahlrecht gibt. Der Streik wirkt eben nicht nur im Augenblick des Kampfes selber, sondern auch vorher, durch die bloße Tatsache der Vorbereitung, die eine für die Bourgeoisie bedrohliche Unruhe im Geschäftsleben erzeugt. Schon deshalb wäre es töricht, sofort in den Streik zu treten, weil wir dann auf die Wirkung dieser Vorbereitung verzichten würden. Der Gedanke des Replikationsstreiks, wie ihn Hubin will, ist in der Theorie sehr schön, aber praktisch unbrauchbar, weil er das psychologische Moment des Massenkampfes völlig außer acht läßt und bei den Massen eine mechanische Disziplin voraussetzt, wie sie nur das preußische Heer hat. Was die Bewaffnung der Arbeiter betrifft, so würde ich mich nie dazu hergeben, zu etwas ähnlichem die Hand zu bieten. Es steht natürlich einem jeden frei, die Maßregeln zu ergreifen, die er für nötig hält, um sein Leben zu verteidigen; aber es wäre ein Verbrechen, die Arbeiter glauben zu lassen, daß sie mit Revolvern gegen die Maschinengewehre und Kanonen der Armee etwas ausrichten können. Eine unbewaffnete Menge hat vielleicht den Mordmord durch Gendarmen, eine bewaffnete Menge

aber hat die Massenabflachtung durch das Militär zu erwarten; solchen Katastrophen wollen wir das Proletariat nicht entgegenführen. Die russischen Erfahrungen haben außerdem gezeigt, welche zersetzenden Elemente die Bildung sogenannter Kampforganisationen in der Arbeiterbewegung einführt neben aufrichtigen energischen Kämpfern treten unvermeidlich nach kurzer Zeit Lockspitzel und Banditen in ihm auf. Viel besser wäre es, wenn man statt die Arbeiter zu bewaffnen die Regierung zu entwaffnen suchte. Deswegen soll unsere antimilitaristische Agitation, wie sie speziell die junge Garde betreibt, intensiver gestaltet werden als zuvor. Aus den Spalten unserer Presse soll wieder unser altes Mahnwort an die Soldaten und Reservisten erklingen: Du sollst nicht töten! Was den Zeitpunkt des Streiks betrifft, so soll er nicht vorher festgesetzt werden. In diesem Sommer ist an einen aussichtsreichen Streik nicht zu denken. Die Regierung hat jetzt den Gipfel ihrer Macht erklommen. Wenn Ernest sagt, die Arbeiter vom Revier Charleroi werden den Mut verlieren, wenn der Kongreß nicht den Streik im Juli beschließt, so habe ich dazu nur zu bemerken, daß ich zu der Begeisterung, die nicht einigen Monaten der Vorbereitung und des Abwartens widersteht, recht wenig Vertrauen habe. Im Augenblick des Kampfes werden Sie sehen, ob diejenigen, die jetzt Kaltblütigkeit und Geduld predigen, die Lauesten sind! (Stürmischer langanhaltender Beifall.)

Die Rede de Broukères hat eine tiefe Wirkung ausgeübt, und der Abgeordnete für Charleroi, Genosse Destree, der nach ihm das Wort ergreift, gibt nunmehr faktisch den Standpunkt seiner Wahlkreisorganisation gegen die Vertagung des Kampfes bis zur Herbstsession auf. In einer schwungvollen, in eine künstlich vollendete Form gegangenen Rede, verherrlicht er die Begeisterung der wallonischen Arbeiter, er betont nochmals, wie stark ihr Wille zum sofortigen Angriff sei, erklärt aber schließlich unter tosendem Beifall des Kongresses, aus Liebe zur Einheit der Aktion werden sie sich mit der Vertagung des Kampfes bis November zufrieden geben, zumal der Verlauf und die Stimmung des Kongresses beweise, daß es dem ganzen belgischen Proletariat mit dem Willen, das gleiche Wahlrecht nötigenfalls mit Hilfe des Generalstreiks zu erobern, bitter ernst sei.

Durch diese Erklärung Destrees, die bei den Vereckern des sofortigen Streiks nur vereinzelt auf Widerspruch stößt, wird die Aufgabe des letzten Diskussionsredners, Anseele, sehr erleichtert. Er polemisiert noch gegen Destree, der sich über den „wissenschaftlich vorbereiteten“ Generalstreik lustig gemacht hatte, bei dem nur das wichtigste Moment, nämlich die Stimmung der Massen, außer acht gelassen wurde und betont nochmals die Notwendigkeit einer gründlichen und systematischen Vorbereitung des Kampfes. Man solle den wallonischen Elan mit der flämischen Zähigkeit und Gründlichkeit zu verbinden suchen. Schließlich betont Anseele ebenfalls, daß eine der wichtigsten Aufgaben zur Vorbereitung des Streiks die antimilitaristische Agitation sei, damit „im Herzen des Soldaten die Stimme des Klassenbewußtseins lauter erklinge als jede andere!“

Der Vorsitzende verliest nunmehr folgende Resolution, auf die sich die Vertreter der beiden entgegengesetzten Richtungen im Geiste der Erklärung Destrees geeinigt haben. Die Resolution trägt die Unterschriften von Vandervelde, Destree, de Broukère und Anseele:

„Der Kongreß erklärt, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht, bei einem loyalen System der Proportionalvertretung, die einzige annehmbare Grundlage der Volksvertretung darstellt. Er bekräftigt die früheren Kongreßresolutionen in bezug auf seinen Willen, die politische Gleichberechtigung zu erobern, und beauftragt die Parlamentsfraktion, spätestens bei der Eröffnung der nächsten ordentlichen Parlamentssession (im November) einen Antrag auf Verfassungsrevision einzubringen. Dieser Antrag soll mit Hilfe aller verfügbaren Machtmittel, einschließlich des Generalstreiks, unterstützt werden.“

7. Kapitel.

Vor der Eröffnung.

Als guter Christ unterdrückte Herr Bunker seinen Unwillen über die ihm zugefügte Kränkung und entwiderte bei der Einrichtung des Hauses einen solchen Eifer, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit alles für die Eröffnung bereit war.

Inzwischen vertriebe Fräulein Kennedy in geschäftlichen Angelegenheiten. Ihre Abwesenheit wurde besonders schmerzhaft in dem Hause der Frau Bommel empfunden, wo sich die alte Trübsaligkeit wieder einstellte. Harry verachtete sich zu trüben, indem er abwechselnd die Fortschritte der Arbeit in ihrem Hause überwachte, oder sich mit der Fertigstellung eines Schranzes beschäftigte, den er eigens für sie entworfen hatte und der unter seinen geschickten Händen ein wahres Kunstwerk zu werden versprach. Als sie nach Ablauf einer Woche zurückkehrte, sah sie ein wenig bleich und müde aus. Harry vermutete, daß sie Geldsorgen habe und begann Bunker mit seiner langen Rechnung zu verwickeln, doch gestand sie seine Befürchtungen, indem sie ihm versicherte, daß alles gut, ja besser ginge, als sie zu hoffen gewagt hätte.

Am Abend vor der Eröffnung fanden sie sich alle in dem jetzt vollständig eingerichteten Hause zu einer Schlafbesprechung ein — Angela und ihre beiden Gefährtinnen, Rebekka und Nell, und der junge Mann, vor dessen Gesellschaft Herr Bunker sie vergeblich gewarnt hatte. Es war ein großes Haus mit geräumigen Geschäftsräumen und sich daran anschließenden bequemen Arbeitszimmern. Die erste Frage hatte sich Angela für besondere Zwecke vorbehalten, über die sie bisher strenges Stillschweigen bewahrt.

Während dem Hause zog sich ein großer Garten hin, den Angela ganz hatte asphaltieren lassen, und an dessen Ende sich ein Gartenhaus mit einem Glasdach und vielen Fenstern erhob, über dessen Bestimmung bis jetzt noch nichts bekannt geworden war.

Bei der Inspektion des Hauses hatte Angela die Vorsicht gebraucht, Rebekka mit der Aufsicht zu betrauen. Herr Bunker warz dabei seinen glühenden Geschäftseifer ein wenig in Schranken halten und begnügte sich, beschreiben wie immer, mit einem Anflug von dreißig Prozent auf den Nachweis, aber durch ihn vermittelten Versicherungen und Arbeiten. Rebekka gab sich redlich Mühe, die ihr erteilten Befehle anzuführen, konnte aber eines gewissen Unbehagens nicht Herr werden, als sie sah, wie aus dem vollen Gewissheit wurde. Die Aufstellungszimmer wiesen eine Eleganz

auf, wie man sie sonst nur in der Regentstraße zu sehen gewohnt war. Die Arbeitszimmer waren mit den neuesten Ventilationseinrichtungen versehen, als ob die Arbeiterinnen Gräfinnen wären, wie Bunker abfällig bemerkte.

„Es ist zu gut für uns,“ wendete Rebekka ein, „viel zu gut und wird andere Arbeiterinnen nur unzufrieden machen.“

„Ich will sie unzufrieden machen,“ entgegnete Angela. „Solange sie nicht unzufrieden sind, wird es auch keinen Fortschritt geben. Was ist es, Rebekka, das unser Leben von dem der Tiere unterscheidet und über das der Tiere empfindet? Wir entdecken, daß es Besseres gibt und wir kämpfen unseren Weg aufwärts. Das ist das Geheimnis der Unzufriedenheit und vielleicht auch des Schmerzes.“

„Ah!“ Rebekka hatte keine befriedigende Antwort auf ihre Frage erhalten und täuschte sich nicht darüber. Sie schienen noch keine Ahnung zu haben, zu welcher verwerflichen Mitteln der Konkurrenzkampf im Londoner Osten greift und wie hart man uns zusetzen wird. Das Geschäft wickelt sich hier nicht wie im Westen der Stadt ab. Nun, Sie werden sich ja selbst bald davon überzeugen.“

Angela hatte bis zu diesem Abend mit einer Erklärung ihrer geschäftlichen Pläne gewartet. Es war nach der Bestätigung des asphaltierten Gartens und des Glashauses, als sie im Arbeitszimmer, Holz und doch auch ein wenig ängstlich aussehend, zu reden begann.

„Die Zeit ist gekommen,“ sprach sie, anfänglich etwas flüchtig, „Ihnen zu erklären, was ich eigentlich vorhabe. Zuerst und vor allen Dingen, Rebekka, muß ich Sie fragen, ob Sie bereit sind, die verantwortliche Leitung des Geschäfts zu übernehmen?“

„Ja, Fräulein Kennedy? Und welche Abteilung wollen Sie übernehmen?“

„Ich habe mir die Aufsicht über die Mädchen vorbehalten — sie unterwacht sich und erröte, — das heißt, außerhalb der Arbeitsstunden.“

Bei dieser seltsamen Aufündigung stritten beide Mädchen ihre Arbeitseiferin verollständigt an.

„Sie verstehen mich nicht, was ich will,“ fuhr Angela fort. „Aber lassen Sie mir, Rebekka, ob Sie meinen Vorschlag annehmen.“

Die Augen des Mädchens funkelten, und in seine Wangen flog ein leichtes Rot. Dann dachte sie an Joseph in Ägypten und seine plötzliche Beförderung zu Pharos Minister und gewann Selbstvertrauen. Vielleicht war sie dem Posten gewachsen, vielleicht hatte sie die Beförderung wirklich verdient.

„Das wäre also abgemacht,“ fuhr Angela gelassen fort, als ob die Erhebung einer einfachen Arbeiterin zum Range einer Geschäftsführerin etwas Alltägliches wäre. „Und Sie, Nell, werden die Aufsicht in dem Arbeitsraume führen, wenn Rebekka nicht dort ist. Was die Buchführung betrifft —“

„Die besorge ich,“ fiel ihr Rebekka ins Wort und fügte errötend hinzu: „Ich will auch Sonntags arbeiten.“

Fräulein Kennedy setzte sodann ihre Ansichten über die Art und Weise des geschäftlichen Betriebes auseinander. „Wir fangen morgens um 9 Uhr an,“ sagte sie.

Rebekka nickte. Dagegen war nichts einzuwenden. „Wir arbeiten von neun bis elf Uhr.“ Rebekka blinnte erstaunt. „Ich weiß sehr wohl was ich will. Es gibt nichts Schlimmeres und Gesundheitsschädlicheres für Mädchen und Frauen, als ohne Unterbrechung mit gebeugtem Rücken über der Arbeit zu sitzen. Um 11 Uhr werden wir uns daher, alle ohne Ausnahme, eine halbe Stunde lang Bewegung machen.“

„Bewegung machen — war Fräulein Kennedy wirklich recht bei Sinnen?“

„Sie haben den asphaltierten Garten gesehen und setzen Zweck vielleicht schon erraten? Ihr Blick begegnete dem Harrys.“

„Ist er vielleicht für Reifenschlagen bestimmt?“ forschte Harry.

„Nein, zum Tennisspiel. Warum auch nicht?“

„Was ist Tennis?“ fragte Nell.

„Ein Spiel, meine Liebe, das Sie lernen werden.“

„Ich spiele nie,“ bemerkte Rebekka. „Das Leben ist zu ernst, um es im Spiel zu verbringen.“

„So nennen Sie das Spiel, das Fräulein Kennedy einführen will, eine Freiarbeit und Sie können ohne Bedenken daran teilnehmen.“ Harry verfiel auf diesen Ausweg. „Und warum nicht? Das Tennisspiel, Fräulein Nell,“ fuhr er fort, „ist ein Sport, dem namentlich die aufgelaufenen Aristokraten, wie mein Vetter Dick sagen würde, huldigen. Daß es bis zu Ihnen, mir und unsern Gleichen herabsteigt, ist nichts weniger als eine soziale Umwälzung.“

Nell lächelte, ohne indes den Sinn von Harrys Worten voll zu verstehen.

„Es ist ein schönes Spiel,“ sprach Angela. „Es gehört viel Geschicklichkeit dazu, schlägt die Muskeln und kostet nichts. Am besten eignet sich ein mit Asphalt bedeckter Platz dafür. Bei schönem Wetter spielen wir dort, bei schlechtem haben wir das Glashaus.“

(Fortsetzung folgt.)

Als Kommentar zu dieser Resolution nimmt der Vorkämpfer die Erklärung des Generalrats an, welche lautet: Wir wollen den Generalstreik, wir werden ihn so vorbereiten, daß er machtvoll und unwiderstehlich sein wird; aber wir wollen einen Streik ohne Aufruf und Blutvergießen, trotz aller Provokationen und trotz allen möglichen Zwischenfällen. Es kann keine Rede davon sein, daß der Streik bereits im Juli stattfindet. Es soll ein großes Komitee gebildet werden, das eine ununterbrochene Tätigkeit zur Vorbereitung des Streiks mit allen tauglichen Mitteln entfalten und den Streik proklamieren soll, sobald es die Überzeugung gewonnen hat, daß die Arbeitermassen bereit sind und der Augenblick günstig ist.

Dieses Nationalkomitee des gleichen Wahlrechts und des Generalstreiks wird bestehen aus den Mitgliedern des Generalrats der Partei, der Generalkommission der Gewerkschaften, des Vorstandes des Genossenschaftsverbandes, und der Vorstände der gewerkschaftlichen Berufsverbände.

Diese Resolution wurde unter lautem Jubel einstimmig angenommen. Die Delegierten erhoben sich von ihren Sitzen und riefen minutenlang: Es lebe das gleiche Wahlrecht! Es lebe der Generalstreik! Schließlich stimmten sie den Gesang der Internationalen an.

Vor dem Auseinandergehen des Kongresses teilte der Vorsitzende noch mit, daß die erste Sitzung des Großen Komitees am 10. Juli stattfinden werde. Unter großer Begeisterung wurde der Kongreß kurz vor sieben Uhr geschlossen.

Aus der Partei.

Die Verhandlung gegen die Genossen Vorchardt und Reinert, zu welcher Termin vor der Berliner Strafkammer auf den 8. Juli anberaumt war, ist auf den 23. September vertagt worden. Als Grund der Vertagung wird die Erkrankung des Genossen Vorchardt angegeben. Nach unserer Erkundigung ist die Erkrankung keineswegs bedenklich.

Brandenburgischer Provinzial-Parteitag. In Brandenburg a. S. wurde am Sonntag der sozialdemokratische Parteitag für die Provinz Brandenburg (ohne Groß-Berlin) abgehalten. Anwesend waren 56 Delegierte, 4 Reichstagsabgeordnete und als Vertreter des Parteivorstandes der Genosse Molkenbühr. — Gen. Wels erstattete den Geschäftsbericht, aus dem hervorzuhellen ist, daß der Vorstand der Organisation das Stichwahlabkommen mit den Fortschrittler billigte, durch das die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten auf 110 gesteigert wurde. Wels stellte auch mit, daß im Wahlkreis Friedeberg-Ornswalde bei der Stichwahl zwischen dem Antikemiten und dem Konservativen ein Parteimitglied der Konservativen sich bemüht habe, die Stimmen der Sozialdemokraten für den Konservativen v. Schumann zu gewinnen, da v. Sch. eventuell die Jenaer Stichwahlbedingungen unterschreiben würde. Das Anerbieten sei glatt abgelehnt worden. Den Hauptberatungsgegenstand bildete das neue Organisationsstatut. Bis vor kurzem bildeten die sämtlichen Wahlkreise der Provinz einschließlich Groß-Berlin eine organisatorische Einheit. Die Generalversammlung der Wahlkreisorganisation Groß-Berlins hat aber in diesem Jahre das Kartellverhältnis der beiden Organisationen gelöst. Die erste Folge hiervon war, daß der Zentralvorstand der Provinz beschloß, an die Stelle der bisher gemeinsam mit Groß-Berlin abgehaltenen Provinzial-Konferenzen Provinzial-Parteitage treten zu lassen und eine Neuorganisation für die Provinz zu schaffen. Nach dem Statut, das der Provinzial-Parteitag annahm, schließen sich die 18 Reichstagswahlvereine (ohne Groß-Berlin) zu einem Verband zusammen, der den Namen „Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine der Provinz Brandenburg“ führt. Als Zentralvorstand fungieren die Vorsitzenden der achtzehn Kreiswahlvereine und die Obleute der Preßkommissionen der „Brandenburger Zeitung“, der „Märkischen Volksstimme“, des „Neumärkischen Volksblattes“ und des „Vorwärts“. Im Behinderungsfalle ist eine Vertretung zulässig. Die laufenden Geschäfte leitet ein jährlich vom Zentralvorstand aus diesem gewählter Ausschuss von 5 Personen mit den angelegtesten Sekretären. Die Ausschussmitglieder und Sekretäre haben außerdem in allen Parteiorganisationen und in allen Parteinstanzen des Bezirksverbandes beratende Stimme. Die höchste Instanz des Verbandes ist der alljährlich tagende Provinzialparteitag.

Der typische Polizeiprozess. Am Abend des 12. Januar d. J. kam es in einem Parteilokal des Zentrums zu Caternberg, Kr. Essen, zu einer blutigen Schlägerei unter Zentrumshänglern, die dermaßen ausartete, daß der Wirt telefonisch Hilfe der Polizei erbat. Es erschienen drei Polizeibeamte, die nach ihrer Angabe erst mit Hilfe des Säbels der Prügelnden Herr werden konnten; auch auf der Straße setzte sich die polizeiliche Säbelsarbeit fort. Dabei wurde nach der Behauptung von Augenzeugen der Bergmann Gerhards von dem Schutzmann Jürgens verfolgt und mit dem Säbel bearbeitet, bis er zusammenbrach. — Die Essener Arbeiterzeitung brachte einen Bericht über den blutigen Vorfalle, in dem es hieß, der Schutzmann habe den Bergmann niedergeschlagen. Dadurch fühlte sich der Beamte beleidigt und die Staatsanwaltschaft erhob Klage gegen den Redakteur Gen. Neumann. — In der Verhandlung vor der Strafkammer beschworen drei unbeeidigte Augenzeugen, daß der Vorfalle sich genau so zugetragen habe, wie die Arbeiterzeitung ihn schilderte. Der Schutzmann hingegen gab wohl zu, daß er mit der flachen Klinge geschlagen habe, von Niederschlagen des Gerhards könne aber nicht die Rede sein. Die bedeutenden Kopfverletzungen habe sich dieser schon bei der Prügelei geholt. Die Kollegen des Schuttmannes wollen von der Sache nichts gesehen haben. — Das Gericht ließ die ganz bestimmten Aussagen der drei Zeugen unbeachtet und verurteilte unsern Genossen zu 60 Mk. Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte ihm drei Wochen Gefängnis zugebracht.

Zehn Jahre in Kampf und Arbeit stand am 1. Juli die „Volkszeitung“ für das Muldenthal, unser Parteiorgan in den sächsischen Amtshauptmannschaften Borna und Oschatz. Die Nummer der „Volkszeitung“ vom 30. Juni erschien als 28seitige Jubiläumsnummer.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Tischlerinnungsmeister und der Arbeitswilligenschutz. Der Bund deutscher Tischler- und Innungen, der am Montag und Dienstag in Kiel seinen 20. Tischleritag abhielt, hat sich auch mit der Frage des Arbeitswilligenschutzes beschäftigt. Er beschloß nach einem Referat des in Gagenow durchgeführten Tischlermeisters Pauli, den Gesamtschutz der vereinigten Innungsverbände Deutschlands zu erlangen, daß er den ihm vom Handwerksbund übermittelten Entwurf zum Schutze der Arbeitswilligen dem Bundesrat als Material überweise, mit der Maßgabe, daß das Streikpostenstehen und das Vogeltieren einzelner von ganzen Erwerbsständen gegenseitlich verboten und unter Strafe gestellt wird. Der Tisch-

leritag fordert weiter, daß überan die Errichtung von Innungskassen erstrebt werden müsse, weil die Ortsinnungskassen in sozialdemokratischen Händen seien.

Glasarbeiter gemahregelt. In Schönborn bei Kirchheim-Dubritzt (Provinz Brandenburg) hat die Firma Hohmannhütte, Inhaber Fährde, sämtlichen organisierten Glasmachern gekündigt. Einige sind sogar plötzlich ohne Kündigung entlassen worden. Die Unorganisierten haben einen Sparverein, eine gelbe Gewerkschaftsorganisation gegründet, und werden von der Firma nach allen Richtungen bevorzagt; sie sind selbstverständlich nicht gekündigt worden. Die Firma sucht unorganisierte Beleuchtungs-glasarbeiter. Es werden deshalb alle Glasarbeiter ermahnt, Schönborn unter allen Umständen zu meiden.

Zur Ausperrung der Metallarbeiter in Hannover. Die Verhandlungen, die zwischen den Unternehmern und Arbeitervertretern stattgefunden, führten nach dreitägiger Verhandlung zu folgenden, schriftlich fixierten Einigungsbedingungen: 1. Die regelmäßige, wöchentliche Arbeitszeit beträgt 57 Stunden. 2. Sämtliche Stundenlohnarbeiter erhalten eine Stundenlohnlage von 8 Pfg. In diesen 8 Pfg. ist enthalten: der prozentuale Ausgleich für die Verkürzung der Arbeitszeit und eine allgemeine Lohnerhöhung. 3. Über die Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit-Verkürzung soll eine Verständigung in den einzelnen Werken zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herbeigeführt werden. Wo es nicht zu einer Verständigung kommt, wird vorläufig die von dem Arbeitgeber gewünschte Verteilung vorgenommen. — Drei Monate nach Wiederaufnahme der Arbeit soll jedoch durch eine Abstimmung der gesamten Belegschaft, zu der auch die von der Verkürzung betroffenen Werkstätten zählen, der Wunsch der Majorität maßgebend sein. Ausschlaggebend sind drei Fünftel der abgegebenen Stimmen. Die Abstimmung erfolgt durch Stimmzettel. Zu diesen Vorschlägen der Unternehmer werden die streikenden und ausgesperrten Arbeiter in den nächsten Tagen Stellung nehmen. Es sei bemerkt, daß die Vorschläge eine Erhöhung der Stundenlöhne in dem zuletzt geforderten Umfange vorsehen. Über die Verteilung der Arbeitszeit auf die Wochentage ist die Verständigung annehmbar. Strittig ist allein die Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit. Die Unternehmer verhindern den Friedensschluß durch ihre Weigerung, die Arbeitszeit auch nur um eine weitere Minute wöchentlich verkürzen zu lassen. — Die Ausperrung ist von den Unternehmern keineswegs in dem vom Verbands der Metallindustriellen beschlossenen Umfange durchgeführt worden. Einzelne Betriebe haben überhaupt nicht ausgesperrt und andere erheblich weniger als die vorgesehenen 60 Prozent der Arbeiter. So haben in Magdeburg 4 von den 29 dem Verband der Metallindustriellen angeschlossenen Betrieben ihre Arbeiter nicht ausgesperrt; zwei weitere Betriebe haben die Ausperrung wieder rückgängig gemacht und sämtliche Arbeiter wieder eingestellt. Die Maschinenbauanstalt A. G. in Aschersleben hatte zum 1. Juli die Ausperrung angekündigt, sie aber nicht vorgenommen; die Eisengießerei von Lüders in Wernigerode sperrt nur 30 Prozent der Arbeiter aus. Selbst das Krupp-Grusonwerk in Magdeburg, dessen Direktor Sorge Vorsitzender im Magdeburger Verband der Metallindustriellen ist, hat nicht annähernd 60 Prozent der Arbeiter ausgesperrt. Aus diesen Tatsachen geht schon hervor, daß im Unternehmerlager ziemlich große Verwirrung herrschen muß. In der Tat haben in den Versammlungen der Industriellen heftige Auseinandersetzungen stattgefunden. Die Inhaber der kleinen und mittleren Betriebe sind bei der gegenwärtigen guten Konjunktur keineswegs ohne weiteres bereit gewesen, den Großbetrieben und ihrem Nachhunger zuliebe die Ausperrung mitzumachen. Infolge der Differenzen soll der Direktor Sorge, wie bestimmt verlautet, bereits sein Amt als Vorsitzender niedergelegt haben.

Prozesse gegen die Essener Polizei. Als bekannt wurde, daß Essener Polizeibeamte unter Mißbrauch ihres Amtes dem Unternehmertum Helfersdienste gegen die Arbeiterorganisationen geleistet haben, fielen in der Presse scharfe Worte gegen diese Korruptionserscheinungen bei einer staatlichen Behörde. Die sonst so empfindliche Polizei hütete sich indessen zu klagen. Sie mußte, daß beispielsweise der Transportarbeiterverband im Besitz von erdrückenden Beweismitteln ist. Hierher gehört die von der Polizei hergestellte Abschrift einer Mitgliederliste, die aus Versehen bei der Zurückgabe der beschlagnahmten Sachen mit ausgehändigt wurde. Ein der Liste aufgedruckter Stempel „Königliche Polizeidirektion“ bezeugt obendrein die Echtheit. Dann gab das Essener Amtsgericht dem Rechtsbeistand des Transportarbeiterverbandes, Rechtsanwalt Dr. Levy, bekannt, daß die Beschlagnahme des Verbandsmaterials nicht auf Anordnung der Staatsanwaltschaft in Duisburg, sondern auf den von den Beamten der Essener politischen Polizei beim Gericht gestellten Antrag hin erfolgte. Endlich war die Essener Eisenbahndirektion sehr überlegt bei der Verwendung der ihr von der Polizei in die Hände gespielten Mitgliederliste. Es sind nämlich Beamte vorhanden, die bezeugen können, daß die Abschrift der Mitgliederliste zwischen Eisenbahndirektion und Inspektion zurückfiel. Herr Geheimrat Sommerfeld sagte auch selbst zu dem wegen seiner Verbandszugehörigkeit zur Reichenschaft gezogenen Eisenbahnarbeiter Dimpel, der verächtlich in der allgemeinen Mitgliederliste des Verbandes verzeichnet stand, „er stehe in der Mitgliederliste des Transportarbeiterverbandes“. Die Prozesse der Polizei ist angehängt dieser Bemerkung erklärt. Aber erspart bleibt ihr eine gerichtliche Erörterung ihrer Tätigkeit darum doch nicht. Der Steigerverband hat gegen die beteiligten Polizeibeamten eine Schadenersatzklage angestrengt. Und der Transportarbeiterverband erhob durch seinen Essener Geschäftsführer beim Regierungspräsidenten über das Vorgehen der Beamten Beschwerde, worauf dieser nach vier Wochen dem Beschwerdesteller antwortete, gegen die fraglichen Beamten, nämlich den Kriminalkommissar Holters und den Kriminalschutzmann Simons bei der Staatsanwaltschaft Strafanträge zu stellen, da sie bei der Beschlagnahme als Hilfsorgane fungiert hätten. Das ist nunmehr auch geschehen. Gegen die beiden Beamten ist Strafantrag gestellt worden. Außerdem hat der Transportarbeiterverband den ihm durch Zahlung von Maßregelungsunterstützung entstandenen Schäden seinem Essener Bevollmächtigten, dem Genossen Kimmritz, zediert, dem auch der gemahregelte Eisenbahner seine durch den erwachsenen Schaden entstandenen Ansprüche übertrug. Kimmritz hat die Schadenersatzklage bereits angestrengt. Vielleicht gelingt es in diesen Prozessen doch noch, die Auftraggeber der Essener politischen Polizei auffindig zu machen und die innigen Beziehungen zwischen Unternehmertum und Polizei voll aufzudecken.

Kellnerstreik. Die Kellner des Cafe Bauer in Karlsruhe stehen im Streik. Zugun nach Karlsruhe ist deshalb streng fernzuhalten.

Die Maschinenisten und Feizer von sämtlichen Schneidmahlen Lillits haben an die Unternehmer Forderungen eingereicht: hier sind noch die niedrigsten Löhne vorherrschend. Die Arbeitsverhältnisse hinsichtlich der überstunden und Nebenarbeiten sind schlecht. Die Arbeiter allerorts, besonders in den Ostpreußen, werden dringend ersucht, jeden Zuzug von Maschinenisten und Feizern nach Lillit fernzuhalten.

Kommunales.

Maßnahmen der Kommunen gegen die Lebensmittelverteuerung. In einer größeren Anzahl von deutschen Städten, vor allem dort, wo Arbeiter in der Stadtverordnetenvertretung Platz genommen haben, wurden im vergangenen und in diesem Jahre Maßnahmen gegen die Lebensmittelverteuerung ergriffen. Hierüber sind Erhebungen angestellt. Die „Inf.“ berichtet: „Es haben insgesamt 78 Städte sich genötigt gesehen, Maßnahmen im Interesse der Bürger zu ergreifen. Zum Teil beschränkten sich diese Maßnahmen auf die Versorgung der Bevölkerung mit Seefischen, durch die dem Fleischmangel abgeholfen wurde. Auf dem Gebiete der Fleischversorgung sind nur vereinzelte Maßnahmen getroffen worden. So z. B. wurden Preisnotierungskommissionen in Augsburg, München, Stettin und Stuttgart eingerichtet. Ferner wurden regelmäßig die Groß- und Kleinhandelspreise veröffentlicht. Es ergab sich daraus, daß die Preise durch den Zwischenhandel ungeheuer in die Höhe geschraubt wurden, während der Landwirt verhältnismäßig sehr geringe Preise für seine Ware erzielte. Ein Fleischmangel bestand nicht oder nur in seltenen Ausnahmefällen. Die Höhe der Fleischpreise war ausschließlich durch die ungeheuren Zwischenverdienste beim Groß- und Kleinhandel bedingt. Manche Städte führten Verhandlungen mit den Schlächtern zur Verringerung der Fleischpreise. In einer Stadt beabsichtigte die Verwaltung, den Fleischverkauf zu normalen Preisen vorzunehmen, woraufhin die Preise beträchtlich sanken. Eine Stadt lugnet direkt, daß eine Teuerung besteht, und von manchen anderen Städten wird die Teuerung als nicht empfindlich bezeichnet.“ — Zu den letzteren gehörte bekanntlich auch Lübeck, wo selbst ein angeblich liberaler Politiker, mit Namen Julius Klein, das Vorgehen in einer großen Teuerung bestritt. Im übrigen: Der Bericht ist offenbar sehr zugunsten der Agrarier gefärbt. Hoffentlich läßt ein amtlicher Bericht nicht zu lange auf sich warten.

Soziales.

Die Ehescheidungen nehmen zu. Auf je 100 000 Einwohner entfielen im Jahresdurchschnitt im Deutschen Reich 1900 bis 1904: 15,8; 1905 bis 1908: 19,6; 1909: 23,1 Ehescheidungen. Nach den Ergebnissen der beiden letzten Jahre hat der Scheidungsprozess auch weiterhin eine erhebliche Zunahme erfahren. Bei 47,5 aller in Preußen rechtskräftig geschiedenen Ehen erfolgte die Trennung wegen Gebrauchs, Doppelhehe und sexueller Verfehlungen. Von der Gesamtzahl der Ehescheidungen entfielen etwa 80 v. H. auf die Städte, 20 v. H. auf die Landgemeinden.

Aus dem Gerichtssaal.

Das Reichsgericht ein Fort der Klassenjustiz. Von der Anklage der Beleidigung freigesprochen hat das Landgericht Weuthe am 6. März dieses Jahres den Kolporteur Paul Panke. Der Angeklagte, der in Kattowitz Vorstand der sozialdemokratischen Partei, Agitationsmitglied und Kolporteur gegen festes Gehalt ist, sandte in der Agitationszeit zu den letzten Reichstagswahlen ein sozialdemokratisches Flugblatt unter anderem an den Polizeiergeanten A., der sich dadurch beleidigt fühlte und Strafantrag stellte. Auch das Gericht hat objektiv eine Beleidigung für vorliegend erachtet insofern, als das Blatt eine Aufforderung an den Beamten enthielt, sich der Sozialdemokratie anzuschließen; es sei ehrenträgend, einem Polizeibeamten oder überhaupt einem Beamten zuzumuten, sich zur Sozialdemokratie zu bekennen. Dennoch hat das Gericht den Angeklagten, der überdies behauptet hatte, er habe den Schutzmann nicht für die sozialdemokratische Partei gewinnen, sondern nur über die Ziele der Sozialdemokratie aufklären wollen, freigesprochen. In der Begründung hierzu sagt das Urteil, es sei nicht erwiejen, daß der Angeklagte das Bewußtsein gehabt hat, den Polizeiergeanten zu kränken. Zudem habe der Angeklagte vermöge seiner Stellung ein Interesse daran, neue Mitglieder für die sozialdemokratische Partei zu gewinnen; aus diesem Grunde sei ihm der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches zu gewähren gewesen. Gegen das freisprechende Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt, mit der Begründung, daß dem Angeklagten der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches nicht hätte zugestanden werden dürfen. Denn: es sei ständige Rechtsprechung des Reichsgerichts, daß niemand, wenn dieser auch berechtigte Interessen im allgemeinen verfolge, das Recht habe, einen einzelnen, dem gegenüber der Betreffende kein besonders berechtigtes Interesse wahrnehme, in seiner Ehre zu kränken. Das Reichsgericht, das die Klage für begründet hielt, hob das Urteil auf und verwies die Sache an die Vorinstanz zurück. Der Fall spricht Wände dafür, wie völlig befangen in Klassenjustiz der oberste Gerichtshof ist. Der überspannte Ehrbegriff, es für ehrenträgend zu erklären, wenn einem Beamten zugemutet wird, sich zur Sozialdemokratie zu bekennen, findet weder im Gesetz noch in der Verfassung eine Grundlage. Der Gedanke, ein Mitglied einer politischen Partei könne einen Beamten schon durch die bloße Zustellung eines Flugblattes, das die Ziele dieser Partei darlegt, beleidigen, ist so absurd, daß ihn überhaupt nur eine Justiz aufstellen kann, die die Interessen des Klassenstaates völlig umstrickt haben. Er bedeutet, daß die bürgerliche Strafrechtspflege sich ansieht, gegenüber Sozialdemokraten den Boden des gemeinen Rechts, das bekanntlich keinen Unterschied der politischen Parteien kennt, völlig zu verlassen. Auch die totale Abkennung der Wahrnehmung berechtigter Interessen bei Sozialdemokraten dem politischen Gegner gegenüber ist ungesetzlich, mag auch die Rechtsprechung des Reichsgerichts in diesem Punkte noch so „ständig“ sein. Der Klassenstaat fühlt den Boden unter sich wanken. Ein sozialdemokratisches Flugblatt, unter das sich ein Schutzmann ärgert, erschüttert schon die Grundfesten dieses Staats. Die Klassenjustiz wird ihn nicht mehr retten. Sie wird höchstens ungewollt für die Sozialdemokratie agitieren.

Schon wieder ein Breslauer Schutzmann. Wegen tätlicher Mißhandlung eines Arrestanten in der Polizeiwache stand der Schutzmann Karbig am Montag vor der Strafkammer in Breslau. Er hat einem angeheulenden Arbeiter erst ein paar Dörfen gegeben, daß er von der Pant zur Erde fiel, und dem am Boden liegenden Fußtritte ins Gesicht verlegt, daß Blut aus Mund und Nase quoll. Ein anständiger Polizeikommissar, der das gesehen, zeigte den brutalen Menschen an. Da er wegen Mißhandlung in Hannover verurteilt ist und nach Breslau strafverlegt worden war, mußten ihm mildernde Umstände verjagt werden. Das Urteil wegen Amtsvergehen (Körperverletzung im Amt) lautete auf die Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis.

Die Ordnungsdienste vor Gericht operieren. Aus Halle a. S. berichtet man: Ist ein Ordnungsdienst im Druck, so spielt er sich als Sozialistenführer auf und der Erfolg wird nicht ausbleiben. Er was damit nicht in dieser Beziehung der Magistratsbureauassistent Paul Drechsler.

ber wegen Amtsverbrechens vor dem Schwurgericht stand. Der Mann, ein Pastorssohn, soll von den Geldern, die er gelegentlich der letzten Gewerbegerichtswahlen den Besitzern ausbezahlt hatte, 12 Mk. unterschlagen und die Quittungsliste gefälscht haben. Die Fälschung gab er zu, dagegen bestreitet er, sich die 12 Mk. angeeignet zu haben. Die ganze Sache sei ihm „schleierhaft“, meinte er. Im Grunde genommen wäre eigentlich nur die Sozialdemokratie an seinem Unheil schuld. Das sozialdemokratische „Volksblatt“ habe sich öfter über ihn feindselig geäußert und die Leute angereizt, sich gegen ihn möglichst räpelhaft zu benehmen. Hier griff schließlich der Gerichtsvorsitzende ein, der meinte, daß dies jedenfalls nur eine Einbildung des Angeklagten sei. Der Angeklagte erklärte weiter, sich über die sozialdemokratischen Bestrebungen, besonders bei den Gewerbegerichtswahlen, sehr aufgeregt zu haben. Der frühere Gewerbegerichtsvorsitzende befandete, daß der Angeklagte eine furchtbare Voreingenommenheit gegen die Sozialdemokraten an den Tag gelegt habe und ein Unternehmerbesitzer bezeichnete Dr. geradezu als Sozialistenfreier, der in Gewerbegerichtssitzungen Unternehmer und Arbeiter öfter in Konflikt brachte. Sachverständige bezweifelten, daß Dr. ganz normal sei. Die Geschworenen sprachen ihn frei. — Uns erscheint nur schleierhaft, wie ein solch parteiischer Mann, der vielleicht am Hofkoller leidet, so lange als Gerichtsschreiber fungieren konnte.

Bestochene Beamte. Ein in vieler Beziehung an den Rielers Verstoß erinnernden umfangreichen Prozeß gegen eine Reihe von Spedituren und Eisenbahnbeamten wegen Beamteneinführung begann am Montag unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Brahe vor der Strafkammer in Ostrowo. Angeklagt sind die Spediture Gebrüder Heinrich und Moriz Woznianski aus Stalwierzke und die Eisenbahnbeamten Bohl, Frater, Schulze, Boh, Kaiser, Kwas, Klimpel, Giede, Bretschneider. Der Eröffnungsbescheid legt den angeklagten Spedituren zur Last, die Beamten durch Geschenke, wie Zigarren, Delikatessen, Kognak und andere derartige Artikel zum Verrat von Dienstgeheimnissen veranlaßt zu haben, und den Beamten, durch Annahme dieser Geschenke sich gegen das Strafgesetzbuch vergangen zu haben. Über den Ausfall der voraussichtlich mehrere Tage in Anspruch nehmenden Verhandlung werden wir berichten.

Deutsche Kulturpioniere in Südwestafrika. Die „Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung“ (Swakopmund) vom 31. Mai 1912 berichtet: „Wegen schweren Sittlichkeitsverbrechens, begangen an einem kranken elfjährigen Eingeborenemädchen, wurden der Polizeiergeant Odenwald vom Bezirkamt Warmbad zu 4 1/2 Jahren Zuchthaus und der Polizeiergeant Lobbes vom Bezirkamt Keemanshoop zu acht Monaten und einer Woche Gefängnis verurteilt. Odenwald hat, natürlich in beiratenem Zustande, von der in unmittelbarer Nähe seiner Wohnung gelegenen Eingeborenenerst ein Hottentottenmädchen, das schon längere Zeit schwer krank lag, aus dem Bontot in die kalte Nacht hinausgeschleppt und es dann vergewaltigt, wobei jedenfalls infolge Herzschlags der Tod des Mädchens eintrat. Odenwald soll die Leiche hierauf unter einen Baum gelegt haben, wo sie am nächsten Morgen gefunden wurde. Der Polizeidiener Muisjohr, der Gefangene befreite und dann vom Bezirkamt Keemanshoop wieder mit Sattelaustrüstung flieht, ist zu fünf Jahren Kettenhaft verurteilt worden.“ — Man sieht aus dieser kurzen Zeitungsnote, daß die Traditionen des Prinzen Ardenberg in Südwestafrika noch lange nicht tot und begraben sind.

Aus Nah und Fern.

Vom Blitz erschlagen. Auf den Elbwiesen bei Langemünde sind am Dienstag nachmittags während eines Gemitters der Landwirt Albrecht, dessen Sohn, Schwieger-tochter und Knecht vom Blitz getötet worden. Die Mutter, eine Magd und ein anderer Knecht wurden schwer verletzt und bedauert. — Bei Neu-Dietendorf schlug der Blitz in eine Gruppe von Landarbeitern ein. Ein Mann wurde getötet. Drei andere Männer wurden betäubt. — Während eines heftigen Gewitters schlug ein Blitz in das russische Militärlager von Willmannrand bei Helmsdorf. Fünf russische Soldaten wurden getötet, 10 schwer und viele andere leicht verletzt.

Wegen Spionageverdachts wurde in Strehlen in Schlesien ein Russe verhaftet und ins Brieger Gefängnis eingeliefert. Man mutmaßt einen Zusammenhang der Verhaftung mit der Spionagesache Koste witsch.

Die Rückkehr des Deirandanten. Nach Meldungen des „Berl. Lokalanzeigers“ wird der Buchhalter Geh, welcher nach Verurteilung von 20000 Mark aus Düsseldorf flüchtete und auf der Brinkpoinjel im Marmarameer verhaftet wurde, unter strenger Bedeckung von Konstantinopel nach Deutschland gebracht werden. Man fand bei ihm noch 190000 Mark. Der Konstantinopeler, der die Verhaftung veranlaßte, erhielt eine Belohnung von 100000 Mark und 10 Proz. der wiedererlangten Summe, also im ganzen 190000 Mark.

Familien drama. In Gersweiler erschoss der Buchhalter August Schul seine Frau wegen ehelicher Zwietracht und stellte sich dann der Staatsanwaltschaft.

Sindeswurd. Nach der Heimkehr aus dem Wirtshaus erschoss in Jena nachts der Arbeiter Gimede sein ein Jahr altes Kind und legte sich dann schlafen. Der Mörder wurde bereits verhaftet.

Doppel mord eines 17jährigen. Der 17jährige Arbeiter Wiebels in Wülheim (Ruhr) schlug seinen Vater, mit dem er in Streit geriet, mit einem Pfahlerstein zu Boden und verletzte ihn lebensgefährlich. Als

der Bruder des Getroffenen zu Hilfe eilte, wurde er von dem rabiaten Burschen durch einen Dolchstoß getötet. Der Mörder wurde verhaftet.

Gruben-Explosionen. Auf der bei Oberhausen belegenen Zeche Osterfeld der Guten-Hoffnungs-Hütte fand gestern mittag um 1 Uhr in einem Ausbruch zwischen zwei Flözen beim Schließen eine Schlagwetter-Explosion statt. Es wurden 16 Tote und 6 Verwundete geborgen. Von den Verwundeten sind zwei schwer verletzt. Die übrigen Verlegten der Belegschaft sind in Sicherheit. Die Explosion hat auf der vierten Tiefbauohle in dem nordwestlichen Teile, im Revier 5 der zweiten westlichen Bauabteilung stattgefunden. Wegen der exponierten Lage der Explosionsstelle machten sich Einwirkungen auf entfernte Grubenstellen nicht bemerkbar. Die Ursache des Unfalles ist voraussichtlich darauf zurückzuführen, daß in dem Ausbruch beim Schließen mittels der elektrischen Zündmaschine schlagende Wetter angeschossen wurden. Die Verunglückten sind teils an der Unfallstelle selbst, teils in unmittelbarer Nähe aufgefunden worden; sie dürften zum größten Teile in den Nachschwaden erstickt sein. Die Zecheverwaltung teilt über das Unglück auf der Zeche Osterfeld mit, daß es sich um eine reine Schlagwetter-Explosion handele. Eine Kohlenstaub-Explosion liege nicht vor. — Auf dem Schacht Gustav der Zeche Viktoria Matthias in Essen erfolgte in der Benzolfabrik eine schwere Explosion, durch die auch die Ammoniakfabrik in Mitleidenschaft gezogen wurde. Ein Mann war sofort tot; drei wurden schwer und vier leicht verletzt. Der Betrieb der Kokerei ist auf einige Tage gestört. Die Katastrophe ist auf ausströmende Gase zurückzuführen, die sich auf unaufgeklärte Weise entzündeten.

Im Bett verbrannt. In der vergangenen Nacht ereignete sich in der Seeburgstraße in Leipzig ein schweres Brandunglück. Die 55 Jahre alte Ehefrau Gräber war in ihrem Bett eingeschlafen und hatte die brennende Petroleumlampe neben sich stehen lassen. Durch eine unglückliche Bewegung rief sie die Lampe im Schlaf um und das brennende Petroleum ergoß sich über das Bett. Als man der Frau Hilfe brachte, hatte sie schon schwere Brandwunden erlitten, denen sie kurze Zeit darauf erlag.

Abgebrannt. Während der Flugübungen auf dem Militärlagerplatz bei Wufarest stürzte Leutnant Caranda mit seinem Farman-Apparat aus etwa 100 Metern Höhe ab. Obwohl der Offizier geistesgegenwärtig absprang, wurde er unter dem Apparat begraben und gräßlich verkümmert tot aufgefunden.

Im Polizeigefängnis einer kleinen schlesischen Stadt (Krappitz) verbrannte eines Nachts ein dem Trunke ergebener Mann, der durch Polizeiergeanten wegen totaler Trunkenheit in Schutzhaft genommen worden war. Die Polizeiergeanten hatten ihn vor der Internierung untersucht, namentlich auch nach Streichhölzern, damit er kein Unheil anrichtete. Auch seinen Kieimen hatten sie ihm abgenommen, weil sie befürchteten, er könne in seinem Zustande vielleicht darauf kommen, sich zu erhängen. Nun muß der Inhaftierte aber doch wohl Streichhölzer gefunden haben, denn es entstand ein Brand, der zwar bald gelöscht werden konnte, dem Häufling aber das Leben kostete. Da der Ofen zu der Zeit nur noch flur aus geheizt werden konnte, so wurde von den unterstehenden Behörden angenommen, daß der Mann den Strohsack angezündet habe, um sich in dem kalten Räume zu erwärmen. Sonderbar ist allerdings, daß die Sachverständigen nach Öffnung der Leiche Vergiftung durch Kohlenoxydgas angenommen haben, während die Beamten, die den Mann inhaftiert hatten, bekundeten, daß der Ofen nicht angeheizt gewesen und auch kein Feuerungsmaterial vorhanden gewesen sei. Der Vorfall veranlaßte die vorgesetzte Behörde, den Bürgermeister Baron in eine Disziplinar-Ordnungsstrafe von 50 Mark zu nehmen. Der Regierungspräsident machte ihm zum Vorwurf, daß er nicht die Maßnahmen für das Gefängnis so getroffen habe, daß derartige Vorkommnisse ausgeschlossen wären. Zum Beispiel hätte der Ofen geheizt werden müssen. Die Beamten, die den Mann im Gefängnis unterbrachten, hätten nicht gemußt, wo Heizmaterial sei, auch hätten sie keine Decken für den Mann gefunden. Vermutlich habe er gestoren und den Strohsack mit Streichhölzern angezündet, um sich zu erwärmen. Es sei auch keine Klingel dagewesen, so daß der Mann sich habe helfen können. Es wäre Pflicht des Bürgermeisters gewesen, vorbeugende Maßnahmen zu treffen. Statt dessen habe er dem Polizeiergeanten, dem die Aufsicht über das Polizeigefängnis übertragen war, gestattet, außerhalb des Gefängnisses in der Stadt zu wohnen. Ein Verschulden treffe den Bürgermeister um so mehr, als ihm bekannt gewesen sei, daß in dem Gefängnis schon einmal ein Inhaftierter den Erstickenstod gefunden habe, und zwar im Jahre 1906. Nach vergeblicher Beschwerde beim Oberpräsidenten der Provinz Schlesien klagte der Bürgermeister beim Oberverwaltungsgericht auf Aufhebung der Strafvorschrift. Dieses wies die Klage ab. Das Vorkommnis in Verbindung mit der Tatsache des Erstickenstodes von 1906 beweise, daß es der Bürgermeister an der nötigen Aufmerksamkeit bei der Ausübung der Aufsicht über das Gefängnis habe fehlen lassen.

Eisenbahnunglück. Aus Valencia wird berichtet: Ein Personenzug ist am Dienstag in der Nähe von Grao mit einem elektrischen Straßenbahnzug zusammengestoßen.

Dabei sind fünf Personen getötet und 25 verletzt worden.

Schlechte Patrioten. Der Graf von Turin, ein Vetter des Königs von Italien, hat auf der Fahrt nach dem Lago Maggiore auf der Chaussee einen Landwagen umgefallen. Im Nu hatten sich etwa hundert aufs äußerste erregte Bauern um das Auto versammelt und versuchten, es umzustürzen. Zu Hilfe gerufene Gendarmen befreiten den Grafen schließlich aus seiner äußerst gefährlichen Lage. Das Auto wurde jedoch von den Bauern, die mit ihren Forken und Heugabeln auf dasselbe einhieben, schwer beschädigt.

Mordanschlag. Während der Nacht wurde der Zeichner und Leiter eines Pensionats in Sevres bei Paris namens Clerf, als er mit seiner Frau aus dem Theater heimkehrte, durch einen aus dem Hinterhalt abgegebenen Schuß tödlich verwundet. Die Untersuchung ergab schwere Verdachtsmomente gegen Frau Clerf, die auch nach langem Zeugnigen gestand, daß sie ihren Gatten, der sie schon seit vielen Jahren schlecht behandelt habe, durch einen gewissen Paratt habe erschießen lassen wollen, dem sie für die Vollziehung des Mordes 500 Frank gegeben habe. Paratt, der sich für einen ehemaligen Beamten und Journalisten ausgab, ist erst vor kurzem aus einer Irrenanstalt entlassen worden. Er hat die Flucht ergriffen.

Den Zug im Tunnel verloren. Wie ein Big aus den „Simplicissimus“ mutet an, was in Leitmeritz auf der Nordwestbahn geschehen ist. Als nämlich der Schnellzug Nr. 8 (Leitmeritz-Wien) nach Mitternacht durch den zwischen der Haltestelle Leitmeritz-Stadt und dem Bahnhof gelegenen Tunnel fuhr, riß die die Güttelwagen mit dem Tender verbindende Zugvorrichtung. Der Lokomotivführer merkte aber nichts und fuhr mit der Lokomotive weiter und ließ den Zug im Tunnel stehen. Die Lokomotive fuhr schließlich bis Polepp und erst der dortige diensthabende Beamte sah, daß der Zug fehlte, und gab das Signal zum Halten. Nun wurde rasch der Stationsvorstand aufgeweckt, der sich auf die Maschine schwang, worauf man langsam nach Leitmeritz zurückfuhr, um den verlorenen Zug zu suchen. Schließlich fand man ihn auch glücklich noch im Tunnel, foppelte wieder an und nun konnte es doch noch, nach einer Verspätung von etwa 1 Stunde, weitergehen und man soll auch in Wien angekommen sein. — So scherzhaft die Sache anmutet, sie hätte sehr ernst werden können. Hinter dem Schnellzug kam nämlich ein Güterzug. Glücklicherweise gelang es aber, den Güterzug noch rechtzeitig aufzuhalten. Nun wundert man sich allgemein, daß der Maschinenführer den Verlust des Zuges nicht bemerkt hat. Das soll aber, wie Sachleute versichern, nicht gar so verwunderlich sein. Nachdem die Zugvorrichtung gerissen, trat nämlich die automatische Bremse in Funktion. Die Räder des Tendern blieben stehen und es wurde der Tender gleich einem Schlitten über die Schienen geschleppt. Und da der große Tender vollast mit Kohle und Wasser beladen war, war die Bremswirkung beinahe so groß, als die Belastung des ganzen Zuges ausmachte. Die Maschine wird daher kaum viel schneller gelaufen sein, höchstens daß sie weniger Dampf verbrauchte. Und da es noch dazu Nacht war, ist es schon einigermaßen erklärlich, daß der Lokomotivführer sowie der Heizer nichts merkten.

Genossenschaftsbewegung.

Die Zahl der deutschen Genossenschaften. Die „Statistische Korrespondenz“, herausgegeben vom Preussischen Statistischen Landesamt, unterrichtet in einer Sondernummer über den Stand der deutschen Genossenschaftsbewegung im Jahre 1912. Allerdings erfahren wir nur die Zahlen über die eingetragenen Genossenschaften, nicht auch die Mitgliederzahlen. Es bestanden im Jahre 1910 in Deutschland 29437 Genossenschaften; ihre Zahl stieg 1911 auf 30489 und 1912 auf 31771. Interessant ist zu erfahren, wie sich die Zahlen auf die einzelnen Genossenschaftsarten verteilen, wobei die Jahre 1911 und 1912 berücksichtigt werden sollen. Während die Zahl der Kreditgenossenschaften im Jahre 1911 17462 betrug, waren 1912 18052 vorhanden. Unter diesen waren 1912 15919 Darlehnskassenvereine. Die Zahl der gewerblichen Rohstoffgenossenschaften stieg von 360 auf 393, die der landwirtschaftlichen Rohstoffgenossenschaften von 2063 auf 2117. Wareneinkaufsvereine waren 1911 219, im Jahre 1912 236 vorhanden. Auch die Wertgenossenschaften gliedern sich in gewerbliche und landwirtschaftliche. Von der ersteren Art weist die Statistik 307, von der letzteren 1115 im Jahre 1911, dagegen 316 respektive 1825 im Jahre 1912 auf. Ferner gab es 1911 109 gewerbliche Magazinogenossenschaften, deren Zahl im Jahre 1912 die gleiche blieb. Die Zahl der landwirtschaftlichen Magazinogenossenschaften stieg von 437 im Jahre 1911 auf 476 im Jahre 1912. Genossenschaften zur Beschaffung von Maschinen gab es 1911 16, im Jahre 1912 17. Die Zahl der Rohstoff- und Magazinogenossenschaften im Gewerbe verminderte sich von 152 auf 150, in der Landwirtschaft wurden in beiden Jahren 20 dieser Genossenschaften gezählt. Zucht- und Viehdiebstahlgenossenschaften gab es 305 im Jahre 1911, im Jahre 1912 dagegen 356. Konsumvereine wurden im Jahre 1911 im ganzen 2285, im Jahre 1912 dagegen 2321 gezählt. Eigentliche Wohnungs- und Baugenossenschaften waren 1911 1063, im Jahre 1912 dagegen 1176 vorhanden. Wohnungs- und Baugenossenschaften (Vereinshäuser) gab es 117 im Jahre 1911, ihre Zahl ging 1912 auf 115 zurück. Konsumvereine wurden im Jahre 1911 100 neu gegründet, aufgelöst wurden 65. Zu bemerken ist noch, daß sämtliche Zahlen sich auf eingetragene Genossenschaften beziehen. Außer ihnen gibt es noch Genossenschaften, die in derselben Weise arbeiten, aber eine andere Rechtsform besitzen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Höchstwichtige Mitteilung für alle Leser des „Lübecker Volksboten“.

Unseren Lesern teilen wir hierdurch mit, daß wir von jetzt ab eine reich illustrierte Wochenchrift unter dem Titel „Welt und Wissen“ herausgeben und hierdurch ein Blatt geschaffen haben, welches sowohl den ernstlichen Gelehrten wie auch den Mann aus dem Volke voll befriedigen wird. Die Ausstattung ist eine erstklassige. Zahlreiche gezeichnete Abbildungen werden das gedruckte Wort ergänzen. Die Namen der Mitarbeiter — nur auserwählte Fachleute — sind jedem gebildeten Lesern bekannt.

Um nun zu ermöglichen, daß alle unsere Abonnenten darauf abzielen können, haben wir die kleine „Welt und Wissen“, die wir notwendig haben müssen, sehr niedrig gesetzt, und zwar auf nur 15 Hg. für die 24 Seiten starke Heft.

Jedes Heft enthält 10—20 Artikel, von denen wir als Beispiel einige anführen:
Der Mensch in der Pfahlbauzeit.
— Wenn die Erde erstickt.
— Gesundheit und Schönheit.
— Der Wille und dessen Symptom.
— Das Leben unter Wasser.
— Fernphotographie.
— Liebe und Ehe bei den Naturvölkern.
— Der Mensch und die Geisteswelt.
— Fröhliche Lust.
— Einfluß der Lebensweise auf das Menschentum.
— Berühmteste Städte in der Sahara.
— Die Zukunft der Elektrizität im Haushalt.
— Kein Aquarium.
— Unser Sonnenregiment.
— Das heutige Erdbild.
Um unser Ziel zu erreichen, daß „Welt und Wissen“ von jedem Gebildeten abonniert wird, liefern wir an Abonnenten von „Welt und Wissen“ eine große illustrierte

Sand- und Hausbibliothek vollständig gratis, und zwar sind folgende Werke in Aussicht genommen, von denen zu jedem Jahrgang resp. 52 Heftlieferungen 3 kompl. Werke geliefert werden:
Illustrierte Geschichte des Deutschen Volkes.
Illustrierte Weltgeschichte.
Die Entstehung der Erde.
Illustrierte Himmelskunde.
Illustrierte Kulturgeschichte des Deutschen Volkes.
Denkwürdige Entdeckungsfahrten.
Denkwürdige Erfindungen.
Illustrierte Tierkunde.
Illustrierte Pflanzenkunde.
Illustriertes Buch der Technik.
Entdeckungsfahrten nach dem Nord- und Südpol.

Entdeckungsfahrten im schwarzen Erdteil.
Illustriertes Buch der Chemie.
Der Vulkanismus.
Die Luftschiffahrt und der Aeroplan.
Der Bau des menschlichen Körpers.
Die Völker Afriens.
Die Völker Afrikas.
Illustrierte Geschichte des Altertums.

Bestellform für die Abonnenten des „Lübecker Volksboten“.

Herrn
Fr. Meyer & Co.
Lübeck.

Unterzeichneter abonniert hierdurch auf

„Welt und Wissen“.

52 Hefte à 15 Hg.

Name: _____

Ort: _____

Straße: _____